



Wortprotokoll

der 3. Sitzung vom 3. Februar 1994

Resoconto integrale

della seduta n. 3 del 3 febbraio 1994

XI. Legislatur
XI. Legislatura
1993 - 1998



**SÜDTIROLER LANDTAG
CONSIGLIO DELLA PROVINCIA AUTONOMA
DI BOLZANO**

SITZUNG 3. SEDUTA

3.2.1994

INHALTSVERZEICHNIS

"Wahl des Landeshauptmannes"..... 4

INDICE

"Elezione del Presidente della Giunta
provinciale"..... 4

Nr. 3 - 3.2.1994

VORSITZ DER PRÄSIDENTIN:

Dr. SABINA KASSLATTER-MUR

PRESIDENZA DELLA PRESIDENTE:

ORE 10.10 UHR

(Namensaufruf - Appello nominale)

PRÄSIDENTIN: Die Sitzung ist eröffnet.

Ich ersuche um die Verlesung des Sitzungsprotokolls der letzten Sitzung.

LAIMER (Sekretär - SVP): *(Verliest das Sitzungsprotokoll - legge il processo verbale)*

PRÄSIDENTIN: Wenn keine Einwände erhoben werden, so gilt das Protokoll als genehmigt.

Mitteilungen des Präsidiums:

Es wurden folgende Anfragen eingebracht: Nr. 51/94 (Kury/Zendron), betreffend den Sportstätten-Entwicklungsplan 1993; Nr. 52/94 (Holzmann/Bolzonello), betreffend den Rag. Morandi, Amtsdirektor im Assessorat für Umweltschutz; Nr. 53/94 (Zendron/Kury), betreffend die Gewährung eines Grundstückes in Neumarkt von seiten der Provinz Bozen zugunsten der Firma Cossalter; Nr. 54/94 (Zendron/Kury), betreffend den "Runder Tisch EUR Tirol"; Nr. 55/94 (Holzmann/Bolzonello), betreffend die mögliche Ernennung von Dr. Psailer zum Generaldirektor der Sanitätseinheit-Nord; Nr. 56/94 (Holzmann/Bolzonello), betreffend die von seiten der Provinz Bozen angekauften Kunstgegenstände; Nr. 57/94 (Bolzonello/Holzmann), betreffend die Einladungen für Submissionen nur in deutscher Sprache; Nr. 58/94 (Peterlini), betreffend die Errichtung eines militärischen Großbunkers am Südufer des Kalterer Sees; Nr. 59/94 (Kury/Zendron), betreffend die Aushubarbeiten für die deutsche Berufsschule in Meran, bei welchen abgelagerter Bauschutt entdeckt wurde und die sich daraus ergebenden Folgen; Nr. 60/94 (Holzmann/Bolzonello), betreffend die Zuweisungen von öffentlichen Aufträgen an ausländische Freiberufler; Nr. 61/94 (Holzmann/Bolzonello), betreffend den Verkauf einer Wohnung von seiten des Tierschutzringes, die ursprünglich mit öffentlichen Geldern gekauft worden war; Nr. 62/94 (Holzmann/Bolzonello), betreffend die Vergabe von Beratungsaufträgen an ehemalige Landesbedienstete; Nr. 63/94 (Holzmann/Bolzonello), betreffend die Summe der den Privatschulen in der vergangenen Gesetzgebungsperiode zugewiesenen Beiträge; Nr. 64/94 (Holzmann/Bolzonello), betreffend den Ankauf von Liegenschaften

durch das Land, die dann ungenützt geblieben sind; Nr. 65/94 (Holzmann/Bolzonello), betreffend den vom Vizebürgermeister der Gemeinde Unser liebe Frau im Walde vorgelegten Rekurs, der vom Landesausschusses abgelehnt wurde; Nr. 66/94 (Holzmann/Bolzonello), betreffend die Gesetze im Bereich Feuerschutzdienste; Nr. 67/94 (Denicolò), betreffend die fragwürdigen Wohnbaupraktiken in Corvara; Nr. 68/94 (Peterlini), betreffend das System der Behandlung der Gesetzentwürfe vor Ende der Legislaturperiode; Nr. 69/94 (Kury/Zendron), betreffend die Gewerbeoberschule Meran.

Folgende Anfragen wurden schriftlich beantwortet: Nr. 4/93 (Holzmann/Bolzonello), betreffend die Eidesleistung des Abgeordneten Frasnelli bei der ersten Landtagssitzung der XI. Legislaturperiode; von der Präsidentin Kasserlatter-Mur beantwortet; Nr. 7/93 (Holzmann/Bolzonello), betreffend die Anmeldung von Bauteilen aus Stahlbeton für die Überbauung eines Gebäudes in der Zara-Straße; von LR Alber beantwortet; Nr. 10/93 (Holzmann/Bolzonello), betreffend die Ausstellung von Dekreten in nur deutscher Sprache von seiten des Amtes für Vermögensverwaltung; von LR Pellegrini beantwortet; Nr. 11/93 (Holzmann/Bolzonello), betreffend die Teilnahme eines Amtsdirektors der Abteilung X. und seiner Sekretärin an einer Reise nach Straßburg; von LR Pellegrini beantwortet; Nr. 13/93 (Holzmann/Bolzonello), betreffend das Disziplinarverfahren zu Lasten des Dr. Ferretti; von LR Pellegrini beantwortet; Nr. 42/94 (Bolzonello/Holzmann), betreffend die Teilnahme einiger Landes- und Gemeindebediensteten an Treffen, die vom Landeshauptmann organisiert wurden; von LR Alber.

Es wurde folgender Gesetzentwurf eingebracht: Nr. 10/94: "Änderungen am vereinheitlichten Text der Landesgesetze über die Ordnung des Handwerks und der handwerklichen Berufsausübung, erlassen mit Dekret des Landeshauptmannes von Südtirol vom 9. November 1990, Nr. 28" (von den Abgeordneten Benedikter und Klotz am 24.1.1994 eingebracht).

Es wurde folgender Beschlußantrag eingebracht: Nr. 7/94 (Waldner/Leitner), betreffend die Abschaffung der Sitzungsgelder für Landtagsabgeordnete und Abschaffung des Fonds für Sonderausgaben der Landesregierung.

Für die heutige Sitzung haben sich folgende Abgeordnete entschuldigt: Roland Atz, Eva Klotz und Franz Pahl.

Wir gehen zur Behandlung der Tagesordnung über.

Punkt 1 der Tagesordnung: "Wahl des Landeshauptmannes".

Punto 1) dell'ordine del giorno: "Elezione del Presidente della Giunta provinciale".

Ich ersuche um Vorschläge. Abgeordneter Brugger, bitte, Sie haben das Wort.

BRUGGER (SVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Wir haben am heutigen Vormittag das Koalitionsprogramm zwischen Südtiroler Volkspartei, Partito Popolare Italiano und Partito Democratico della Sinistra unterzeichnet. Es sind somit die Voraussetzungen gegeben, daß die neue Landesregierung gewählt werden kann, und es ist somit auch die Voraussetzung gegeben, daß der designierte Landeshauptmann, den ich in der Person von Dr. Luis Durnwalder vorschlage, seine Regierungserklärung abgeben kann. Danke!

PRÄSIDENTIN: Dr. Luis Durnwalder ist als Landeshauptmann vorgeschlagen. Wünscht noch jemand das Wort? Niemand. Dann darf ich Dr. Durnwalder ersuchen, ans Rednerpult zu kommen und seine programmatischen Erklärungen vorzutragen.

Vorher möchte ich Sie noch informieren, daß wir im Kollegium der Fraktionssprecher vereinbart haben, die heutige Sitzung nach Vortrag der programmatischen Erklärungen zu beenden, um allen Abgeordneten vier Tage Zeit zu geben, sich auf die Debatte zur Regierungserklärung vorbereiten zu können. Die Debatte beginnt am Dienstag nächster Woche. Wir werden das Verfahren, welches für die Behandlung des Haushaltes vorgesehen ist, anwenden, d.h., daß jedem Abgeordneten für seine Stellungnahme im Rahmen von maximal zwei Wortmeldungen eine Zeit von 1 Stunde zur Verfügung steht. Nach Abschluß der Debatte folgt die Replik des designierten Landeshauptmannes. Und bevor dann zur Wahl des Landeshauptmannes geschritten wird, hat jeder Abgeordnete weitere zehn Minuten für die Stimmabgabeerklärung zur Verfügung.

Bitte, Dr. Durnwalder, Sie haben das Wort.

DURNWALDER (SVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Abgeordnete des Südtiroler Landtages! Erwarten Sie von mir nicht eine vollkommene Neuorientierung meiner Regierungspolitik. Zu vielem, was ich in meiner ersten Regierungserklärung vor fünf Jahren hier in diesem Hause gesagt habe, stehe ich nach wie vor, und das hat somit weiterhin Bestand. Weiterhin Gültigkeit haben zum Großteil meine Aussagen zur Autonomiepolitik. Ich stehe nach wie vor zum Modell einer dynamischen und damit ausbaufähigen Autonomie; es wird weiterhin mein aufrichtiges Bestreben sein, Landeshauptmann für alle in diesem Lande lebenden Bürger zu sein. Genauso lege ich auch großen Wert auf eine bürgerorientierte Verwaltung, wie auch die Dezentralisierung von Befugnissen hin zum Bürger vor Ort ein besonderes Anliegen bleiben wird. Und im Sinne dieser Bürgernähe wird es weiterhin eine schnelle und korrekte Information über die wichtigsten landespolitischen Anliegen und Entscheidungen von unserer Seite geben.

Auf dem, was sich als langfristig gültig erwiesen und damit bewährt hat, gilt es, in den nächsten fünf Jahren weiterzubauen. Wir haben in der X. Legislaturperiode vieles geplant, das nunmehr umgesetzt werden muß, wir haben - in oft mühsamer politischer Kleinarbeit - gesät und können nun in den kommen-

den Jahren hoffentlich auch ernten. Da und dort gilt es allerdings, eingefahrene Geleise und ausgetretene Pfade zu verlassen, es gilt, neue Akzente zu setzen, um uns den Herausforderungen stellen zu können, die in den verbleibenden Jahren vor der Jahrtausendwende auf uns zukommen werden.

Um dabei in unserem kleinen Land auch bestehen zu können, müssen wir - gemeinsam und mit allen Kräften - danach trachten, den politischen Ausgleich und den sozialen Frieden in unserem Lande zu wahren und zu stärken.

Es irrt, wer glaubt, dieser unserer Autonomie eine Absage erteilen zu können -egal, in welcher Form und mit welchen Mitteln dies versucht wird. Ebenso muß in aller Entschiedenheit klargestellt werden, daß auch nach dem "Paket"-Abschluß das Ringen um diese Autonomie nicht aufhört. Wir müssen die Ergebnisse der Landtagswahlen vom 21. November 1993 zur Kenntnis nehmen, wir sollten aber gerade den Stimmenzuwachs der Rechten in autonomiespolitischer Hinsicht nicht überbewerten. Nicht zuletzt war dafür auch der auf gesamtstaatlicher Ebene festzustellende Trend zur parteipolitischen Polarisierung ausschlaggebend.

Wir dürfen und können aber dieser - wohl mehr unbewußt als bewußt - selbstgewählten politischen Isolation eines Teiles der Wählerschaft nicht tatenlos zusehen. Wir werden uns in unserer politischen Arbeit deshalb nicht entmutigen lassen. Ein Ausweg ist notwendig und auch möglich. Ich bin überzeugt, daß die übergroße Mehrheit der Bürger dieses Landes die Vorteile unserer Autonomie zu schätzen weiß. Wir müssen deshalb Mittel und Wege suchen, daß aus einem Lippenbekenntnis eine dauerhafte Überzeugung wird, wir sollen die unersetzbare Rolle unserer Autonomie für die Entwicklung des Landes und die Zusammenarbeit zwischen den Sprachgruppen ins Bewußtsein aller rücken. Dieses Autonomiebewußtsein muß in Fleisch und Blut übergehen, es muß - und damit will ich nicht sentimental werden - eine Sache des Herzens werden. Den Beitrag dazu müssen wir alle leisten - mit Überzeugung und ehrlichem Bemühen, nicht nur mit Worten, sondern auch mit dem guten Beispiel in den Taten. Es kann und darf nicht alleinige Aufgabe des Landeshauptmannes sein, für den Ausgleich und das gute Zusammenwirken zwischen den Sprachgruppen zu sorgen und für die Akzeptanz der Autonomie vor allem bei den italienischen Mitbürgern zu werben; alle politischen und sozialpartnerschaftlichen Kräfte und insbesondere die Medien sind dazu aufgerufen. Durch unbedachte Sonntagsreden und provokante Zeitungsschlagzeilen kann leider nur allzu leicht das in mühevoller Kleinarbeit gekittete Porzellan wieder zerstört werden.

Mehr Landesbewußtsein schaffen

Ich denke, wir sollten eine neue Kultur des Zusammenlebens entwickeln, ein neues Wertgefühl für diese unsere gemeinsame Heimat aufbauen. Vor allem wenn wir die Vorteile unserer Landesautonomie gemeinsam ausschöpfen, können wir uns in Südtirol alle gut zu Hause fühlen. Nehmen wir uns dabei folgende Leitgedanken zu Herzen:

- Uns alle - gleich ob Ladiner, Italiener oder Deutsche - eint weit mehr als uns trennt

- Wir müssen wegkommen von Mißtrauen und von selbstauferlegter Entfremdung
- Versuchen wir, die Ängste und Sorgen der jeweils anderen Sprachgruppe durch mehr Teilhabe besser zu verstehen
- Versuchen wir vor allem, Gegensätze nicht anzuheizen, sondern zu entschärfen und zu überwinden.

Niemandem ist mit dem ständig wiederkehrenden gegenseitigen Aufrechnen alter Fehler und Vergehen gedient. Ebenso verfehlt ist es aber, auf die Beibehaltung bzw. den Fortbestand begangenen Unrechts (wie z.B. in der Frage der Ortsnamensgebung) zu beharren. Das unselige "Siegesdenkmal" in Bozen darf und kann in Zukunft nicht mehr Anlaß für Feierlichkeiten und Polemiken sein. Damit ist niemanden gedient, am wenigsten den Gefallenen der Kriege. Wir werden bestrebt sein, die Vorschläge der eigens dafür eingesetzten Kommission für die weitere Zukunft dieses Denkmals in die Tat umzusetzen.

Wir werden mehr als bisher autonomievertrauensbildende Maßnahmen zu setzen und neue Brücken zu schlagen haben. Das neue Koalitionsprogramm zeigt dazu Wege auf, und wenn wir diese Vorhaben erfüllen, können wir sicher auch jenen Kräften den Wind aus den Segeln nehmen, die ihr politisches Heil in einer Vergangenheit suchen, die wir als lange überwunden glaubten.

Klar muß aber ebenso sein, daß im Sinne des Pariser Vertrages und des Autonomiestatutes die deutsche und die ladinische Sprachminderheit im Lande ein besonderes Schutzbedürfnis haben, dessen rechtliche Fortdauer auch mit der Abgabe der Streitbeilegungserklärung ohne Zweifel gegeben ist. Aus diesem Mehr an Schutzbedürfnis erwächst aber für die italienische Sprachgruppe kein Nachteil, denn letztendlich kommt jede Erweiterung und Verbesserung unserer Autonomie auf Dauer ja allen drei Sprachgruppen zugute.

Für mehr Verständnis aus Rom

Wir erleben zur Zeit den größten Umbruch in der Parteienlandschaft des Nachkriegsitaliens, verbunden mit einer tiefgreifenden politischen und institutionellen Krise. Diese politische Instabilität belastet auch das Verhältnis Südtirols mit Rom. Für uns Südtiroler ist es derzeit nur schwer möglich, abzuschätzen, welchen Weg Italien nach den Parlamentswahlen einschlagen wird. Wir hoffen sehr, daß diese Krise die neuen politischen Mehrheiten bewegen wird, nicht nur "Tangentopoli" zu überwinden, sondern diesen Staat auch föderalistischer und damit bürgernäher zu ordnen. Wir erwarten auch, daß Rom das in letzter Zeit fehlende Gespür für unsere international anerkannten Rechte und das nötige Verständnis für die besonderen Erfordernisse unseres Landes wiederfindet.

Die Landesregierung wird in Rom jeder demokratisch ausgerichteten Regierung ihre offene und konstruktive Zusammenarbeit bei der Bewältigung der anstehenden Probleme Südtirols anbieten. Dabei muß aber klar sein, daß Bestimmungen des "Pakets" voll und ganz respektiert werden. Nach dem mühsamen Abschluß des Pakets darf es jetzt keinen Rückschritt geben, sondern ganz im Gegenteil, im Sinne einer dynamischen Autonomie müssen wir nach vorne blicken. Unsere Autonomie hat sich ja auch bewährt; wir haben von unseren Zuständigkeiten guten Gebrauch gemacht und damit die Grundlage für

Wohlstand und sozialen Frieden gelegt. Es ist deshalb nur allzu verständlich, daß wir den Weg der Stärkung unserer Autonomie weitergehen wollen und vom Staat insbesondere jene Bereiche übernehmen möchten, die dieser sträflich vernachlässigt. Wir könnten in dieser Weise zugleich unseren Beitrag für die Sanierung der Staatsfinanzen leisten.

Die Landesregierung wird weiterhin großen Wert darauf legen, daß besonders die Bestimmungen über Proporz und Zweisprachigkeit bzw. Dreisprachigkeit auch bei allen öffentlichen Stellen, insbesondere bei den privatisierten Betrieben eingehalten werden. Berechtigten Anliegen und Klagen der Südtiroler im Staatsdienst haben wir Gehör zu verschaffen.

Eigenleben der Ladinier festigen

Im Zuge der Ausarbeitung des neuen Autonomiestatutes und im Laufe von dessen Durchführung sind für die ladinische Volksgruppe grundlegende Anliegen berücksichtigt worden. Wenn diese Errungenschaften aus heutiger Sicht nicht ganz befriedigen, so ist dies wohl auch darauf zurückzuführen, daß ein stärkeres Selbstbewußtsein der Ladinier erst mit der Genehmigung des neuen Autonomiestatutes zutage getreten ist. So wie in der Vergangenheit auch, wurde im vorliegenden Koalitionsprogramm versucht, auf politischer und auf verwaltungsmäßiger Ebene die wichtigsten Anliegen aufzugreifen. Dadurch wird versucht, manche Diskriminierung der Ladinier, die tatsächlich noch vorhanden ist, auszumerzen.

Mit diesem Koalitionsprogramm werden hauptsächlich Programmpunkte festgeschrieben, die während der letzten Gesetzgebungsperioden bereits in Angriff genommen worden sind. Im speziellen sind dies: Weiterführung des Schulbauprogrammes, Verbesserung des Unterrichtes in den Schulen der ladinischen Ortschaften, Förderung der ladinischen Sprache und Kultur, Anerkennung der ladinischen Sprache als Amtssprache, Gewährleistung des Vertretungsrechtes der ladinischen Sprachgruppe in verschiedenen Verwaltungsorganen. Außerdem besteht die feste Absicht, folgende Punkte zu einem positiven Abschluß zu bringen:

- Die vor Jahren in die Wege geleitete Sanierung und Revitalisierung der typischen ladinischen Weiler (viles) wird mit Nachdruck vorangetrieben. Es werden zu diesem Zweck integrierte Programme erstellt, die unter Federführung einer Abteilung umzusetzen sind, wobei die Förderungsmittel zeitlich abgestimmt einzusetzen sind.
- Die Übernahme und der Ausbau der Grödner und Gadertaler Staatsstraße werden vorangetrieben. Absolute Priorität haben dabei die Teilstücke Montal-Zwischenwasser und die Einfahrt nach Gröden in Waidbruck.

Unsere Autonomie in Europa bewahren und anwenden

Auch außerhalb des Landes genießt unsere Autonomie einen guten Ruf. Seit dem Fall des Eisernen Vorhangs vor fünf Jahren hat sich in Europa sehr viel verändert. Mit Inkrafttreten des Binnenmarktes am 1. Jänner 1993 sind die EG-Staaten enger zusammengedrückt. Die schrittweise Verwirklichung der vier Grundfreiheiten des Waren-, Personen-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehrs haben auch für die Südtiroler Wirtschaft und Bürger viele Vorteile gebracht.

Diese sind vielleicht im Augenblick noch nicht so recht spürbar, langfristig werden sie sich jedoch positiv auswirken. Um diese Vorteile bestmöglich ausschöpfen zu können, bedarf es einer rechtzeitigen und guten Information in jeder Hinsicht. Die auf meine Initiative hin im Präsidium der Landesregierung errichtete Dienststelle hat sich in dieser Hinsicht bewährt. Sie wird auch in Zukunft die Sozialpartner, die Verwaltung und die Bürger unseres Landes in unbürokratischer und flexibler Weise informieren und als Ansprechpartner für Brüssel dasein.

Durch das Inkrafttreten des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) am 1. Jänner dieses Jahres sind nunmehr auch die Märkte der EFTA-Staaten - mit Ausnahme des schweizerischen - zu binnenmarktähnlichen Verhältnissen für uns geöffnet. Das bedeutet für Südtirol, daß wir unsere Lage als Wirtschaftsstandort an einer der Schnittstellen zwischen Nord- und Südeuropa noch besser nutzen können. Der damit verbundenen Herausforderung werden wir uns mit Dynamik stellen.

Doch nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch ist Europa näher zusammengedrückt. Mit dem Vertrag von Maastricht hat die europäische Staatengemeinschaft einen wertvollen Schritt hin zum Europa der Bürger und der Regionen getan. Mit der Verankerung des Subsidiaritätsprinzips und der Errichtung eines Ausschusses der Regionen ist die wichtige Rolle, welche die Regionen im europäischen Integrationsprozess spielen, anerkannt worden. Gerade sie sind ja letztendlich für die konkrete Durchführung und Umsetzung des Gemeinschaftsrechtes und der Gemeinschaftspolitiken zuständig und bestimmen damit wesentlich das Gelingen der europäischen Einigung mit.

Wir haben immer darauf bestanden, daß die kleinen Einheiten miteinbezogen werden, und wir haben unsere Anliegen in Brüssel und Rom zu verteidigen gewußt. Nun wird Südtirol im Ausschuß der Regionen vertreten sein. Dieser Ausschuß muß zukünftig in allen Belangen, welche die Regionen auf europäischer Ebene betreffen, befragt werden. Auf diese Weise werden die Anliegen der Regionen in den europäischen Entscheidungsprozeß eingebracht. Wir werden das uns zustehende Vertretungsrecht aktiv wahrnehmen und insbesondere auch die Anliegen von Sprachminderheiten nachhaltig vertreten. Unsere Autonomie gilt gerade auch in dieser Hinsicht für viele als Modell, das zwar anderswo nicht einfach übernommen werden kann, aber doch Vorbildcharakter hat. Im Rahmen des Ausschusses der Regionen werden wir direkt und ohne den Umweg über den Staat unsere Anliegen vorbringen und auf die Besonderheiten und Probleme aufmerksam machen. Gleichzeitig wird dies für uns Anlaß sein, unsere Beziehungen und die Zusammenarbeit mit den anderen Regionen auszubauen und zu vertiefen. Die auch im Rahmen der ARGE-ALP gewachsene Tradition, mit vereinten Kräften nach einer Lösung für gemeinsame Probleme in so wichtigen Bereichen wie Umwelt, Landwirtschaft, Raumordnung oder dem sozialen Bereich zu suchen, wollen wir in diesem Rahmen zum gegenseitigem Nutzen bewahren und vertiefen.

Gleichzeitig gilt es jedoch auch, auf innerstaatlicher Ebene die uns zustehenden Rechte und Möglichkeiten wahrzunehmen. In den Bereichen primärer

und sekundärer Zuständigkeit kann Südtirol selbst die Umsetzung des jeweiligen Gemeinschaftsrechtes vornehmen. Da im Zuge der Vertiefung der europäischen Integration immer mehr für Südtirol wichtige Bereiche auf Gemeinschaftsebene mitgeregelt werden - von der Landwirtschaft über den Umweltschutz bis hin zur Berufsausbildung - ist diese Möglichkeit der selbständigen Umsetzung ausnehmend wichtig. Wir werden durch eine rasche und flexible Vorgangsweise den uns hier zustehenden Spielraum voll ausnützen und alles tun, damit die Durchführung und Umsetzung des geltenden Gemeinschaftsrechtes in Südtirol möglichst realitätsbezogen erfolgt. Auf diese Weise wahren wir auch die uns zustehenden autonomen Rechte gegenüber Rom, denn wir müssen nach wie vor ein wachsames Auge auf besonders in Krisenzeiten stärker werdende nationale Zentralisierungstendenzen haben.

Europa Region Tirol - eine Chance

Die europaweite Diskussion über Subsidiarität und Föderalismus eröffnet für das Verhältnis zwischen Nord-, Ost- und Südtirol neue Möglichkeiten. Ausdruck dafür ist die Idee einer "Europaregion Tirol", einer für den einzelnen überschaubaren und begreifbaren Einheit im großen Europa. Sie bietet uns die Chance, ohne ein Verschieben der Grenzen einen gemeinsamen Lebensraum auf wirtschaftlicher, kultureller und geistiger Ebene Realität werden zu lassen und somit die in der Geschichte gewachsene Zusammengehörigkeit zu untermauern. Als erster Schritt wurde ein "Runder Tisch Europaregion" errichtet. Ihm kommt die Rolle einer Ideenwerkstatt zu, indem die Visionen, Wünsche und Hoffnungen der Bevölkerung zu einem gemeinsamen Leitbild zusammengefaßt werden sollen. Ein erstes Ziel sollen gemeinsam ausgearbeitete und durchgeführte grenzüberschreitend Projekte sein, die die Bürger der Landesteile im Alltag zusammenführen. Nur durch solche konkrete und für alle nachvollziehbare Schritte wird sich diese Vision mit Leben erfüllen. Als Ansatzpunkt kann dabei auch das Abkommen über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit dienen, obwohl dieses für unser Land einen unzureichenden rechtlichen Rahmen darstellt.

Als eine wichtige Voraussetzung für eine mit Leben erfüllte und nicht bloß auf dem Papier bestehende Europaregion Tirol sehe ich jedoch in nächster Zukunft den Beitritt Österreichs zur Europäischen Union an. Zwar ist Österreich bereits durch den Europäische Wirtschaftsraum in wirtschaftlicher Hinsicht stark in Europa eingebunden worden. Doch erst bei einer Vollmitgliedschaft werden die Kontrollen an den Grenzen verschwinden können und damit auch die Grenze am Brenner nicht mehr spürbar sein. Dann erst können wir alle Möglichkeiten der effektiven Zusammenarbeit im Rahmen der Europäische Union ausschöpfen. Deshalb sind wir als Südtiroler aufgerufen, unseren Beitrag zu einer positiven Meinungsbildung in Österreich und in Tirol zum Beitritt zur Europäischen Union zu leisten. Unsere langjährigen und grundsätzlich positiven Erfahrungen mit der Europäischen Gemeinschaft können und wollen wir dabei zum Nutzen unseres gemeinsamen Lebensraums Tirol weitergeben.

Wirtschaftlichen Rahmenbedingungen eher ungünstig

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen am Beginn der neuen Legislaturperiode sind mit Sicherheit weniger günstig als vor fünf Jahren. Das nationale und internationale Umfeld wird seit längerem von einer schweren Rezession geprägt. Auf europäischer Ebene werden mittlerweile an die 16 Millionen Arbeitslose gezählt. Dies entspricht einer Arbeitslosenrate von etwa 11 Prozent. Der Ernst der Lage ist nicht zuletzt an den intensiven Bemühungen der Europäischen Union im Bereich der Arbeitsplatzbeschaffung zu erkennen.

Der erhöhte Bedarf an wirtschaftspolitischen Interventionen kann allerdings nicht durch ein verstärktes finanzielles Engagement der öffentlichen Haushalte gelöst werden. In mehr oder minder allen westlichen Industrienationen ist der budgetäre Spielraum bereits ausgeschöpft. Die traditionelle Ausgabenpolitik wurde durch zum Teil schmerzhaft, aber unumgängliche Sparmaßnahmen abgelöst. Viele öffentliche Ausgaben und Dienstleistungen, die bisher als selbstverständlich angesehen worden sind, werden nunmehr hinsichtlich ihrer Notwendigkeit überdacht. Es zeichnet sich insgesamt eine "neue Enthaltsamkeit des Staates" ab. Sie wird die zukünftige wirtschaftspolitische Ausrichtung bestimmen.

Politische Krise Italiens belastet Wirtschaft

In Italien wird die Wirtschaftslage neben den konjunkturellen Schwierigkeiten vor allem durch die anhaltende politische Instabilität belastet. Das erschütterte Vertrauen der in- und ausländischen Investoren kann nur dann wiedergewonnen werden, wenn die politischen Unsicherheiten beseitigt werden. Unmittelbar damit verbunden ist das nach wie vor ungelöste Problem der öffentlichen Finanzen. Die außerordentlich gute Entwicklung der Exporte und die weiterhin niedrige Inflationsrate sind die einzigen Lichtblicke in einer insgesamt düsteren gesamtitalienischen Konstellation.

Die derzeit verfügbare Datenlage deutet darauf hin, daß die Südtiroler Wirtschaft die gegenwärtige Konjunkturkrise mit einem blauen Auge überstehen wird. Die Situation am Arbeitsmarkt hat sich zwar leicht verschlechtert. Sie bleibt im gesamtstaatlichen oder internationalen Vergleich aber weiterhin stabil. Als Glück im Unglück stellt sich dabei die anhaltende Schwäche der italienischen Lira heraus. Sie hat wesentlich dazu beigetragen, daß die internationale Krise unser Land nicht mit voller Härte getroffen hat.

Vor neuen wirtschaftlichen Herausforderungen

Die relativ glimpflichen Auswirkungen der internationalen Wirtschaftskrise auf lokaler Ebene sind allerdings kein Grund dafür, daß wir die Hände zufrieden in den Schoß legen. Wir müssen handeln, solange der entsprechende Spielraum vorhanden ist. Eine strategische Vorgangsweise, die grundlegende Veränderungen mit Weitsicht aufgreift und nutzt, ist dem herkömmlichen Feuerwehrprinzip eindeutig vorzuziehen. Dies sollte auch dann zutreffen, wenn kurzfristig unpopuläre Schritte gesetzt werden müssen. Und dazu gehört auch eine Reform unserer Wirtschaftsförderungspolitik.

Die europäische Integration stellt nach wie vor einen der wichtigsten Entwicklungspole der näheren und mittleren Zukunft dar. Die unmittelbaren Auswirkungen des Binnenmarktes waren bisher eher gering und haben nicht der

großen Erwartungshaltung entsprochen. Grundlegende Veränderungen sind dennoch in Gang und werden auch in Südtirol ihre Wirkung zeitigen. Nicht zu vergessen ist, daß mit der Öffnung im Osten zusätzliches Wasser auf die Mühlen des Umbruchs geleitet wurde. Schließlich wird auch das Welthandelsabkommen GATT nicht nur Vorteile bringen, sondern auch Probleme schaffen: Unsere Wirtschaft, vor allem unser Arbeitsmarkt, muß mit Ländern konkurrieren, in denen die Produktionskosten nicht zuletzt wegen minimaler sozialer und ökologischer Anforderungen viel niedriger liegen.

In einem derartigen Kontext kann das bisher Erreichte nur konsolidiert und ausgebaut werden, wenn auf den Zug der globalen Veränderungen aufgesprungen wird. Denn wer in einem dynamischen Umfeld stehenbleibt, wird auf kurz oder lang verdrängt.

Forschung und Entwicklung als der Motor

Ein entscheidender Faktor, der zur ungleichen Entwicklung der regionalen Einkommen beiträgt, sind die privaten und öffentlichen Anstrengungen im Bereich der Forschung und Entwicklung. Es ist kein Zufall, daß gerade jene Regionen wirtschaftlich besonders gut abschneiden, die den höchsten Anteil an diesen Ausgaben aufweisen.

Der Südtiroler Landtag hat in der abgelaufenen Legislaturperiode ein Gesetz verabschiedet, welches eine verstärkte und gezielte Förderung von betrieblicher Forschung und Entwicklung vorsieht. Dieser strategische Bereich muß in den kommenden Jahren besonders aufmerksam verfolgt werden. Es muß insbesondere sichergestellt werden, daß neue Ideen rasch und unbürokratisch umgesetzt werden können. Dort, wo materielle Restriktionen bestehen, wie z.B. bei der Vergabe von Betriebsflächen, müssen objektive Selektionsmechanismen zum Einsatz kommen. Das Kriterium der Wirtschaftlichkeit unter Berücksichtigung ökologischer Auflagen muß Vorrang haben.

Die Förderung von Innovation und technischem Fortschritt spielt eine zentrale Rolle, wenn es darum geht, den neuen Wettbewerbskonstellationen Rechnung zu tragen. Südtirol kann im Bereich des traditionellen, verarbeitenden Gewerbes auf lange Sicht nicht mit den neuen Billigländern im Osten Europas konkurrieren. Die Kostenunterschiede sind einfach zu groß. Vereinzelt nehmen Südtiroler Unternehmen bereits heute die neuen Möglichkeiten wahr und siedeln ihre Produktionstätigkeit in den Ländern des ehemaligen Ostblocks an.

Der Weg, den wir angesichts dieser Vorhaben einschlagen müssen, führt unweigerlich über die Spezialisierung im weiteren Sinne. Die Nachteile bei der Produktion herkömmlicher Produkte müssen durch den Ausbau technisch und qualitativ hochwertiger Produkte ausgeglichen werden. Wenn die anderen billiger sind, müssen wir einfach besser sein. Die gezielte Förderung von Forschung und Entwicklung stellt dabei sicher, daß der Vorsprung im Know how erhalten und ausgebaut wird. Dies gilt auch und vor allem für die bei uns so wichtigen Dienstleistungen, die wie der Fremdenverkehr durchaus noch qualitatives Entwicklungspotential aufweisen. Auch der informationstechnische Dienstleistungsbereich wäre in Südtirol, der Schnittstelle zwischen deutscher und ita-

lienischer Wirtschafts- und Lebenskultur, durchaus ausbaufähig. Neben der erwähnten Unterstützung betrieblicher Vorhaben kann die öffentliche Hand natürlich auch direkt eingreifen, indem sie beispielsweise ein eigenständiges Forum für unternehmerische Innovationen betreibt. Die anderenorts bereits bewährte Form des Technologiezentrums (BIC) ist eine konkrete Möglichkeit, die wir in dieser Legislaturperiode in Südtirol verwirklichen wollen.

Humankapital als Grundlage für den wirtschaftlichen Erfolg

Der zweite strategische Bereich der künftigen Wirtschaftspolitik wird die Ausbildung sein. Verstärkte Anstrengungen im Bereich der Forschung und Entwicklung können nur dann zum gewünschten Erfolg führen, wenn ein entsprechendes Humankapital aufgebaut wird. Technischer Fortschritt ist kein abstrakter Prozeß. Er muß letztlich von den Menschen erzeugt und vorangetrieben werden. Kein Land kann langfristig wirtschaftlich gedeihen, ohne Fortschritte im Bildungsniveau der Bevölkerung zu erzielen. Die technischen und intellektuellen Fähigkeiten der Erwerbstätigen sind, mit anderen Worten, eine wichtige Grundlage für eine positive wirtschaftliche Entwicklung. In Zeiten des Umbruchs gehört es zu den wichtigsten Tugenden, das Hergebrachte zu überdenken und sich dem Neuen zu öffnen. Flexibilität und Anpassungsfähigkeit, darauf haben wir die Bürger vorzubereiten, darauf müssen wir selbst uns einstellen. Förderungsmaßnahmen im Sinne von öffentlichen Subventionen für betriebliche Vorhaben drohen wirkungslos zu bleiben, wenn nicht gleichzeitig Investitionen im Bereich der Ausbildung getätigt werden. Ausbildungspolitik und die Förderung von Forschung und Entwicklung sind zwei verschiedene Seiten ein- und derselben Medaille.

Planungshorizont für politische Entscheidungsfindung ausdehnen

Ein Anliegen, das alle Bereiche der Wirtschaftspolitik betrifft, ist jenes der Planung. Mit einer zunehmenden Verknappung der Ressourcen wird es immer wichtiger, die vorhandenen Mittel so effizient wie möglich einzusetzen. Die außerordentliche günstige Entwicklung der Landeseinnahmen, wie wir sie bis 1992 erfahren haben, wird in den kommenden Jahren voraussichtlich keine Fortsetzung finden. Die Sparmaßnahmen der italienischen Regierung deuten auf eine längerfristige Einschränkung des finanziellen Spielraumes hin. Wir haben noch rechtzeitig ein gutes Finanzabkommen mit dem Staat abgeschlossen und können so auf großteils sichere Einnahmen bauen. Unsere unverminderte Aufmerksamkeit verlangen jedoch die Versuche, eine Sparpolitik ohne Rücksicht auf Südtirols besonderen Erfordernisse durchzudrücken oder eine Gleichschaltung der Regionen im Bereich der Finanzautonomie zu erreichen. Sicher kosten unsere autonomen Zuständigkeiten, insbesondere die Zwei- bzw. Dreisprachigkeit des öffentlichen Lebens, einiges, trotzdem bin ich überzeugt, daß wir, unter Berücksichtigung unserer weitgehenden Zuständigkeiten, letztlich nicht zuviel Geld ausgeben, sondern dieses nur besser und erfolgreicher als andere tun.

Die öffentliche Verwaltung muß sich jedoch stärker als bisher dem Prinzip der Wirtschaftlichkeit verschreiben und dabei besondere Aufmerksamkeit der mehrjährigen Planung schenken. Auch wenn wir in Zukunft genauer rechnen müssen, so darf das Ziel keine generelle Kürzung der Leistungen sein, sondern eine bessere Organisation der Tätigkeit und ein wirksamerer Einsatz der Haushaltsmittel. Die Finanzautonomie der Autonomen Provinz Bozen bietet uns eine konkrete Chance, die wir unbedingt nutzen müssen.

Auf kurze Sicht bedeutet die Finanzautonomie, daß die Einnahmen des Landes von der jeweiligen Wirtschaftslage im Lande abhängig sind. Deshalb müssen wir die Wirtschaftsförderung gezielt dazu einsetzen, die Wirtschaftsleistung des Landes zu steigern und auf diese Weise die Grundlagen für höhere Einnahmen zu schaffen.

Knapper werdende Gelder besser einsetzen

Im Zusammenhang mit der Finanzgebarung stehen uns unter anderem folgende Aufgaben bevor:

- Um die in der Vergangenheit schwerwiegende Säumigkeit des Staates bei der Überweisung der finanziellen Mittel zu vermeiden, die der Landesverwaltung einerseits hohe Passivzinsen, der Bevölkerung andererseits große Verspätungen bei der Auszahlung von genehmigten Beiträgen oder zustehenden Zahlungen brachte, muß eine neue Verfahrensweise bei der Überweisung der uns zustehenden Gelder gefunden werden. Notfalls muß dies auch mit einer eigenen Durchführungsbestimmung erfolgen.
- Mit Inkrafttreten des Binnenmarktes fällt auch die Einnahme aus der Mehrwertsteuer auf Importe (im festen und veränderlichen Anteil rund 600 Milliarden Lire im Jahr) weg. Es gilt, wie im Finanzabkommen mit dem Staat vorgesehen, bereits im ersten Jahr der neuen Legislaturperiode Ersatzzuweisungen zu vereinbaren. Außerdem müssen auch jene Steuereinnahmen, die dem Land zustehen, aber außerhalb des Landesgebietes eingehoben werden, endlich festgestellt und überwiesen werden.
- Klärungsbedarf ergibt sich auch hinsichtlich der Tendenz des Staates, bei spezifischen Projektförderungen (Sektorengesetze) die autonomen Provinzen völlig auszuschließen.
- Die bereits in der letzten Legislaturperiode begonnene Flexibilisierung des Landeshaushaltes durch Verringerung der langfristig gebundenen Mittel muß weitergeführt werden. Selbstverständlich kann der Haushalt nicht von einem Jahr auf das andere völlig umgestellt werden. Trotzdem müssen wir in Anbetracht immer neuer Aufgaben, z.B. in den Bereichen Verkehrswesen, Schule, Umweltschutz, Sozialwesen, genügend Spielraum finden, um ohne zusätzliche Mittel effizient arbeiten zu können. Keine Ausgabe darf deshalb ohne Überprüfung ihrer Zweckmäßigkeit fortgeschrieben werden.

Die Wirtschaftsförderung effizienter gestalten

Eine Wirtschaftsförderung, die ihrem Namen gerecht werden will, muß ein präzises und explizit ausformuliertes Ziel verfolgen. Wir müssen uns mehr dem Prinzip der Transparenz verschreiben. Der Begriff Wirtschaftsförderung sollte nur jenen Ausgaben zugeordnet werden, die ihn auch tatsächlich verdie-

nen. Es hat keinen Sinn, Dinge zu fördern, z.B. Ersatzinvestitionen, die ohnedies gemacht würden. Aber man darf im Sinne einer transparenten Politik ruhig feststellen, daß ein ziemlicher Anteil der Subventionen, z.B. an Kleinbetriebe, sozialen Charakter aufweist und somit gerechtfertigt ist. Solche Fälle liegen immer dann vor, wenn in schwach entwickelten Gebieten ein Nahversorgungsangebot - dazu gehört auch das Handwerk - nebst den zugehörigen Arbeitsplätzen gesichert wird.

Der gegenwärtige Zeitpunkt erscheint für eine Reform der Wirtschaftsförderung besonders geeignet, da bereits ein Klima der Veränderungen und Einsparungen vorherrscht. Auch im Rahmen einer neuen und innovativen Regionalentwicklung bleibt es ein Anliegen, vor allem auf die Förderung und Aufwertung kleiner produzierender wie dienstleistender Betriebe zu setzen, die flexibel spezialisiert und relativ autonom sind.

Für die langfristige Entwicklung unserer Wirtschaft lassen sich zwei grundsätzliche Szenarien unterscheiden. Im ersten Fall werden die globalen Veränderungen mehr oder minder ignoriert, in der Meinung, daß der lokale Markt und die herkömmliche Wirtschaftspolitik wie bisher ein Auskommen für uns alle garantieren werden. Im zweiten Fall wird hingegen auf die veränderten Rahmenbedingungen reagiert, in der Überzeugung, daß neue Herausforderungen neue Mittel und Wege erfordern.

Es dürfte ziemlich klar sein, daß die Folgen der ersten Variante nicht besonders erfreulich wären. Selbst wenn es uns gelingen sollte, den gegenwärtigen Standard zu halten, würden wir rasch ins Hintertreffen geraten. Die Südtiroler Wirtschaft hat zugegebenermaßen für lange Zeit ein relativ geschütztes Dasein geführt. Die wirtschaftliche Großwetterlage hat sich aber in der Zwischenzeit deutlich verändert und wir sind den internationalen Strömungen stärker ausgesetzt als zuvor. Wenn sich um uns herum alles mit zunehmender Geschwindigkeit bewegt, dürfen wir nicht auf der Stelle treten.

Gelingt es uns, die positiven Wechselwirkungen zwischen den einzelnen Wirtschaftszweigen, z.B. Berglandwirtschaft und Tourismus, verstärkt zu nutzen und die unternehmerische Kompetenz und innovative Entscheidungsfreude insbesondere auch junger Leute zu fördern, dann dürfte Südtirols Zukunft auch in schwierigeren Zeiten zu Hoffnung und Zuversicht Anlaß geben.

Bevölkerung in Raumordnungs- Und Entwicklungsstrategie einbinden

Bereits bei der Ausarbeitung des LEROP-Entwurfes wurde versucht, über die Konsultation der Gemeinden und zahlreicher Interessenverbände möglichst eine umfassende Information und eine breite Meinungsbildung zu erwirken. Diese Vorgangsweise soll noch verbessert werden.

Wir brauchen eine flexible, aber kohärente Planung, mit deren Zielen und Maßnahmen sich die Bevölkerung identifizieren kann. Eine solche Planung muß auch dann Bestand haben, wenn im Einzelfall Interessenverbände oder Bürgerinitiativen nicht einsehen wollen, daß letztlich ein Ausgleich im Sinne des Gemeinwohles gefunden werden muß.

Was die allgemeinen Grundsätze betrifft, die für die künftige Entwicklung in Südtirol zu gelten haben, so wurden sie anläßlich der Debatte über den LE-

ROP-Entwurf ausführlich diskutiert. Sie sind nach nur so wenigen Wochen heute kaum in Frage zu stellen, besonders was die Prinzipien der Raumordnung und die ökologischen Vorgaben anbelangt.

- Wir müssen allerdings unsere Bemühungen noch mehr als bisher auf wichtige Maßnahmen konzentrieren, von denen wir eine nachhaltige Wirkung erwarten.
- Die strategischen Zielsetzungen und Prioritäten müssen daher noch besser als bisher in jeder künftigen Planung zum Ausdruck kommen.

Es gilt also, die Entwicklungspläne so schnell wie möglich wiederaufzunehmen und sie inzwischen veränderten Voraussetzungen anzupassen, insbesondere den LEROP mit seinen Fachplänen. Dabei wird sich erweisen, daß in strukturschwachen Gebieten Sondermaßnahmen erforderlich sind, die u.a. auch über spezifische EG-Förderungsprogramme mitfinanziert werden können. Dafür wird auch das in Ausarbeitung befindliche Sechs-Jahres-Programm für das Zielgebiet 5b-ländlicher Raum einen wirksamen Rahmen bilden.

Die einzelnen Sachbereiche, insgesamt 14 an der Zahl, für welche Fachpläne vorgeschrieben sind, sind den Zielen, Grundsätzen und Leitlinien des LEROP anzupassen. Die Landesentwicklungsplanung soll also ein so weit wie möglich allumfassendes Planungsinstrument sein und so eine koordinierte Entwicklung des Landes ermöglichen. Es ist jedoch klar, daß es sich dabei um ein programmatisches Dokument handelt und es ist darüber hinaus ein Gebot der ökonomischen Vernunft, mit einem Entwicklungsplan ausschließlich einen allgemeinen Rahmen für die wirtschaftliche Entwicklung schaffen zu wollen. Der Begriff "allgemein" schließt aber keineswegs aus, daß richtungsweisende und wirkungsvolle Leitlinien definiert werden können. Eine sinnvolle und erfolgreiche Planung kann nie den genauen Weg bis ins Detail der wirtschaftlichen Entwicklung vorgeben. Sie beschränkt sich darauf, unter Berücksichtigung der regionalen und überregionalen Vorgaben, Weichen zur richtigen Zeit an die richtige Stelle zu setzen. Der LEROP lokalisiert, akzentuiert oder lenkt die Entwicklungsstränge und versucht, einen möglichst ausgeglichenen Verlauf zu gewährleisten. Dies erfordert eine vorausblickende und nicht eine reaktive Haltung. Entscheidend ist auch die Mitarbeit der Gemeinden, die gemeinsam mit der Landesregierung angehalten sind, für die Verwirklichung der Ziele zu sorgen und auch eigene Maßnahmen zu ergreifen. Die Landesentwicklung wird auch viele im Koalitionsprogramm für die XI. Legislaturperiode vorgesehene Ziele zu verwirklichen haben, z.B. die Aufwertung des Wirtschaftsstandortes Südtirol, die Verbesserung der Berglandwirtschaft, die Förderung des Dienstleistungsreiches und die Privatisierung von öffentlichen Betrieben.

Viele der 14 vorgesehenen Fachpläne sind bereits erstellt, andere sind in Ausarbeitung. Der Landesverkehrsplan hat neben verschiedenen baulichen Verbesserungen vor allem die große Herausforderung einer Neuorganisation des öffentlichen Transportdienstes zum Ziel. Für die Verwirklichung dieses Vorhabens ist die Landesregierung bereit, entsprechende finanzielle Mittel für die erforderlichen Investitionen bereitzustellen. Der Landesenergieplan hat als vorrangige Ziele den rationalen Umgang mit Energie, den Ausbau der Gasversor-

gung und einen Wassernutzungsplan zum Inhalt. Die Energiepolitik des Landes muß durch gezielte Nutzung der vorhandenen Ressourcen und durch den Einsatz von Alternativenergie die langfristige Energieversorgung sichern und die Auswirkungen der Energieerzeugung und des Energieverbrauchs auf die Umwelt beschränken. Erreicht werden müssen die Beteiligung an den großen Wasserableitungen und die Regelung der Energieverteilung. Hinsichtlich des Sportstättenleitplanes gilt es, eine ausgewogene Verteilung der Strukturen zu erreichen; daß dabei der vorliegende Entwurf einer Überarbeitung bedarf, steht für mich außer Diskussion, ebenso daß dabei auch auf die eine oder andere geplante Struktur ganz oder teilweise verzichtet werden kann.

Der Landesgesundheits- und der Landessozialplan sehen vor allem einen Ausbau der dezentralen Dienste, Vorsorgemaßnahmen und Information der Bevölkerung sowie eine besondere Berücksichtigung der Langzeitkranke, der alten Menschen, der Randgruppen und der Psychiatrie vor. Weitere bedeutende Fachpläne, auf deren Problematik ich an anderer Stelle dieses Berichtes eingehe, sind der Landeskulturplan und der Landesumweltplan.

Eine zentrale Stellung im LEROP nimmt schließlich die Siedlungsentwicklung ein. Da es in Südtirol in den Jahren des Aufschwungs zu oft ungeordneten Bebauungen kam, die die traditionelle Agrarstruktur, die sich in Jahrhunderten kaum verändert hatte, teilweise überlagerten, ist eine gegenseitige Abstimmung der Siedlungs- und Landschaftsstrukturen unbedingt notwendig. Der Wohnbau wird schließlich im gesamten Landesgebiet auch weiterhin förderungswürdig bleiben, wobei auch auf die Wohnbauförderung des Mittelstandes Rücksicht genommen werden sollte.

Mehrwert nicht durch Mehrverbrauch an Natur

Wirtschaftliches Wachstum darf freilich nicht auf Kosten der natürlichen Lebensgrundlage erfolgen. Eine intakte Umwelt ist für sich genommen ein unverzichtbares Gut, das nicht einfach gegen mehr Einkommen eingetauscht werden kann. Die Frage, die in diesem Zusammenhang unweigerlich aufgeworfen wird, lautet: Wie können wir den notwendigen wirtschaftlichen Fortschritt einerseits und die ökologischen Anforderungen andererseits vereinbaren?

Bisher wurde das Problem der Umweltverschmutzung hauptsächlich über Auflagen, Verbote und andere administrative Handhaben zu lösen versucht.

Eine denkbare Alternative hierzu wäre, Verbote und Auflagen verstärkt durch wirtschaftliche Anreize zu ersetzen. Wirtschaftlicher Anreiz bedeutet in diesem Zusammenhang, daß es sich finanziell auszahlen muß, umweltschonend zu produzieren. Der Vorteil gegenüber administrativen Regelungen ist offensichtlich. Unternehmerische Vorhaben werden nicht kategorisch in umweltverträglich oder umweltschädlich eingeteilt. Der wirtschaftliche Anreiz sorgt dafür, daß umweltschonende Produktionsverfahren kostengünstiger sind als Verfahren, die die Umwelt belasten. Wer am Markt bestehen will, muß entsprechende Maßnahmen ergreifen, er muß das betriebswirtschaftlich Beste aus dem erzwungenen Investitionsschub herausholen.

Die praktische Umsetzung wirtschaftlicher Anreize im Bereich der Umwelt ist freilich mit einigen Problemen verbunden. Es gilt vor allen das, was bereits

im Zusammenhang mit der Reform der Wirtschaftsförderung gesagt wurde, nämlich: ein Alleingang würde die Wettbewerbsfähigkeit unserer Betriebe negativ beeinflussen. Langfristig müssen wir uns allerdings auf einschlägige Veränderungen gefaßt machen.

Eine gesunde Umwelt ist ein Kollektivgut, also ein Gut für jeden Menschen. Deshalb gilt es als große Herausforderung für uns alle und im besonderen für die Politik, an Lösungen für die Erhaltung einer intakten Umwelt zu arbeiten. Umweltschutz ist auch Menschenschutz. Unser Ziel ist die Gewährleistung einer nachhaltigen Entwicklung Südtirols an der Schwelle zum nächsten Jahrtausend als Verantwortung gegenüber unserer Bevölkerung, aber auch gegenüber kommenden Generationen. Die Sicherung einer hohen Lebensqualität in einer sauberen Umwelt und die Erhaltung Südtirols als naturbezogenes Erholungsgebiet im Herzen der Alpen und Europas müssen im Vordergrund stehen. Um dies zu erreichen, braucht es ein ganzheitliches Denken auf allen Ebenen, denn die Umweltpolitik kann nicht mehr nur eine technische Herausforderung sein, sondern muß, um den Ansprüchen der Zeit gerecht zu werden, wesentlich umfassender verstanden werden.

Umweltpolitik ist vor allem Vorsorgepolitik

In den nächsten fünf Jahren werden wir deshalb die Basis für eine ökologisch orientierte Vorsorgepolitik schaffen. Denn der Umweltschutz muß verstärkt an der Quelle von Umweltbelastungen u.a. in den Gesellschaftsstrukturen und letztendlich im Verhalten jedes einzelnen ansetzen. In Zukunft müssen zwar Lösungsansätze wie Entsorgungsmaßnahmen im Bereich des Abfalles und der Abwasserwirtschaft verbessert und wenn nötig ausgebaut werden. Parallel dazu muß aber das Hauptaugenmerk auf die Vorsorge gelegt werden. Ökologische Vorsorgepolitik bedeutet, daß z.B. für eine zukunftsweisende Abfallwirtschaft erst nach Ausschöpfung aller Vermeidungs- und Verwertungspotentiale eine umweltgerechte Abfallbehandlung und Deponierung erfolgen kann. Ziel der zukünftigen Energiepolitik wird es sein, die Förderung von Energiesparmaßnahmen und erneuerbarer Energieträger auszubauen und die hierfür notwendige Energieberatung zu verstärken.

Gesetzesmaßnahmen und die Förderung des Einsatzes umweltschonender Technologien sind unabdingbare Voraussetzungen für einen effizienten und wirkungsvollen Umweltschutz. Die Einführung einer den lokalen Gegebenheiten angepaßten Umweltverträglichkeitsprüfung und die Überprüfung der Subventionspolitik auf ökologische und soziale Kriterien sollen richtungsweisend werden. Damit wird eine neue Planungskultur und Planungsdemokratie aufgebaut und eingeführt, die den Umweltschutz samt sozialer Belange gleichberechtigt berücksichtigt.

Der Erlaß eines neuen Natur- und Landschaftsschutzgesetzes mit strengeren Umweltschutzaufgaben wird ein weiterer Schwerpunkt dieser Legislaturperiode sein. Faunistische- und Lebensraumerhebungen sollen die weitere Entwicklung von Landschaft, Pflanzen und Tieren dokumentieren.

Die Förderung von Umweltforschung und -erziehung zur Bewußtseinsbildung und die Umweltberatung und -information müssen noch stärker als bisher im Vordergrund stehen. Der Umweltschutzgedanke soll verstärkt in alle Entscheidungen einfließen, also bereichsübergreifende Berücksichtigung finden. Jede Institution und jeder Mensch ist in diesem Sinne aufgefordert, den eigenen Beitrag zu einer umweltgerechten Gestaltung des jeweiligen Wirkungs- und Aufgabenbereichs zu leisten.

Ein zentraler Punkt für diesen vorsorglichen Umweltschutz ist u.a. die gerechte Anwendung des Verursacherprinzips, das an die ethische Verpflichtung jedes einzelnen appelliert, aber auch die finanzielle Verantwortung auf den Verursacher von Umweltschäden überträgt. Damit soll allen Bürgern klar vor Augen geführt werden, daß unser Lebensraums samt seinen Ressourcen ein nicht ersetzbares Gut ist, das nur durch verstärkte Eigenverantwortung aller erhalten werden kann. Die Südtiroler Landesregierung will mit der Einführung der Kostenwahrheit ein wirksames Instrument zur Umsetzung dieses Verursacherprinzips bereitstellen.

Nein zu neuen Transitrouten, ja zu einem gutfunktionierenden lokalen Verkehrsnetz

Die Lebensqualität in unserem Land hängt eng mit der Bewältigung der Verkehrsprobleme zusammen. Quer durch unser Land verläuft eine der Hauptverkehrsadern zwischen Nord und Süd in Europa. Diese bindet uns optimal in den Wirtschaftsraum Europa ein, bedeutet jedoch auch eine enorme Belastung für unser Land. Eine weitere Transitroute von Süd nach Nord oder Ost nach West wäre eine schwere Bedrohung für den ökologisch sensiblen Lebensraum Südtirol. Deshalb haben wir uns gegen den Bau der Alemagna-Autobahn und damit gegen eine neue Transitstrecke gewehrt. Wir haben mit vereinten Kräften erreicht, daß auf italienischer und europäischer Ebene ein Abrücken von diesem Plan erklärt wurde. Doch es gilt, auch in Zukunft wachsam zu sein und jeglichen Ansatz in dieser Hinsicht im Keim zu ersticken. Ich werde mich weiterhin persönlich und mit aller Kraft dafür einsetzen, daß weder in Rom noch in Brüssel in irgendeiner Form an eine Neuauflage dieser Idee gedacht wird.

Wir werden jedoch nicht grundsätzlich jegliche Verbesserung des europäischen Verkehrsnetzes ablehnen. Das Ziel einer jeden Verkehrspolitik muß es sein, den Verkehr umweltschonend und koordiniert zu bewältigen. Der zu erwartenden Steigerung des Verkehrsaufkommens kann nur durch eine konsequente Verlagerung des Verkehrs von der Straße auf die Schiene in umweltfreundlicher Weise begegnet werden. Ein Beitrag könnte hier durch den Bau des Brennerbasistunnels geleistet werden. Allerdings werden wir der Verwirklichung dieses Projektes erst dann zustimmen, wenn seine Umweltverträglichkeit, sowohl was den Bau als auch seinen Betrieb anbelangt, gründlich abgeklärt ist und feststeht, daß die mit ihm verbundenen Belastungen die heutige Umweltsituation verbessern und für die betroffene Bevölkerung tragbar sind. Endziel muß es aber immer sein, den Verkehr auf die Schiene zu verlagern, und nicht neuen Verkehr anzuziehen.

Eine Priorität sehe ich auch im Bereich des lokalen Verkehrs. Hier muß für die Bevölkerung Südtirols, insbesondere aus den westlichen und östlichen Landesteilen, eine angemessene Anbindung an die Zentren gewährleistet werden. Das Land wird auch weiterhin den Übergang der ANAS-Straßen auf das Land vorantreiben. Die ANAS-Straßen Pustertal und Vinschgau sollen umweltverträglich ausgebaut und die Dörfer umfahren werden. Außerdem müssen auch die Verkehrsprobleme im Raum Bozen-Überetsch-Unterland neu überprüft und sinnvoll gelöst werden. Die Eisenbahnstrecke Meran-Mals muß ausgebaut und gleichzeitig ein gemeinsamer Betrieb der Linie Bozen-Mals angestrebt werden. Im Bereich des Warentransports müssen die notwendigen Strukturen für einen kombinierten Transport zwischen Schiene und Straße geschaffen werden. In diesem Zusammenhang setze ich große Hoffnungen in die kürzlich erfolgte Bestellung eines neuen Eisenbahndirektors, mit der neue Wege für Südtirol beschritten werden. In ihm hat die Landesverwaltung einen echten Ansprechpartner für die vielen Anliegen, die gerade im Eisenbahnbereich anstehen: die Personalfragen, die Koordination zwischen Bus- und Zugfahrplänen, die Haltestellen, die technische Ausrüstung - um nur einiges zu nennen. Diese Probleme wollen wir in aktiver Zusammenarbeit zum Wohle der Bürger unseres Landes lösen. Wenn dies möglich ist, sind wir auch bereit, entsprechende Mittel für diesen Bereich zur Verfügung zu stellen.

Landeshauptstadt Bozen und Gemeindeautonomie

Auch in der neuen Legislaturperiode werde ich mit großer Aufmerksamkeit und Aufgeschlossenheit den Anliegen und Erfordernissen von Bozen begegnen und in enger Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung an der Lösung ihrer verschiedenen und vielschichtigen Problemen mitwirken. Eine ausgewogene Landespolitik in Schlüsselbereichen wie Verkehr, Schulwesen, Forschungs- und Kultureinrichtungen, Wohnbau, Entsorgungsanlagen und Raumordnung ist schwer denkbar, wenn sie nicht auch auf die besonderen Bedürfnisse der Landeshauptstadt und ihre Bedeutung für das gesamte Land Bedacht nimmt. Die im Koalitionsprogramm vorgesehene ständige Kommission zwischen der Staatsverwaltung und der Landesverwaltung trägt sicher dazu bei, die jeweils anfallenden Probleme zu besprechen und zu lösen. Was den finanziellen Bereich der Gemeinden anbelangt, so haben wir uns bei den Koalitionsverhandlungen ausgiebig über eine angemessene Finanzierung der Gemeinden und Bezirksgemeinschaften vonseiten des Landes unterhalten und uns verpflichtet, neue Richtlinien mit an den Landeshaushalt angebundene Parameter zu erlassen. Ebenso werden wir die Übertragung weiterer Landesbefugnisse an die Gemeinden fortsetzen, um damit im Sinne einer weitgehenden Dezentralisierung die Verwaltung noch näher an den Bürger heranzubringen. Im Sinne einer praktizierten Demokratie sind wir zudem im Koalitionsprogramm die Verpflichtung eingegangen, die Gemeinden vor dem Erlaß von sie betreffenden Gesetzen und allgemeinen Verwaltungsakten zu konsultieren.

Ein Anliegen, das nicht nur in der Landeshauptstadt, sondern im ganzen Land gespürt wird, ist das Wohnungsproblem. Unsere Wohnbauförderungspolitik leistet - gemessen an den Maßnahmen anderer vergleichbarer Regionen -

zwar ein Vielfaches. Trotzdem bestehen noch spürbare Lücken, deren Behebung wir uns auch über eine Verbesserung der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen erwarten, besonders durch eine noch bessere Auslastung und Sanierung bestehenden Bauvolumens.

Kultur und Bildung - Dialog und Befähigung

Auch im Bereich der Kultur und des Bildungswesens wird es darauf ankommen, Kontinuität der Arbeit zu garantieren, Ansätze auszubauen und neue Impulse zu setzen. Kultur und Bildung bedeuten Dialog und Befähigung.

Einmal Dialog, als Vermittlung der Vergangenheit in die Zukunft hinein. Es kommt darauf an, geschichtliches Erbe zu erschließen, zu vermitteln und zu nutzen. Als konkrete Aufgaben ergeben sich daraus die Pflege und Wiederherstellung denkmalpflegerischer Güter, gleich ob es sich um Kunst- oder Bodendenkmäler, um Urkunden, um Ortsnamen, um kirchliche und weltliche Architektur handelt. Weiters ist die Bedeutung der Landesmuseen aufzuwerten und durch eine Intensivierung der historischen Forschung der Zugang zur Geschichte zu vertiefen.

Kultur bedeutet Dialog auch zwischen den im Lande lebenden Volksgruppen, zwischen den unterschiedlichen sozialen Gruppen, unter den einzelnen Bürgern, zwischen den Berufsgruppen, den Interessensgruppen, Minderheiten jeder Art, Dialog in und mit den Medien, zwischen Verwaltung und dem einzelnen Bürger usw..

Ich darf Sie unseres vollen Engagements gerade auch im Kulturbereich versichern. Ich erwähne in erster Linie das Bemühen, über die Kulturasessorate die im Lande lebenden Sprachgruppen in ihrer Entfaltung, in der Artikulierung ihrer Interessen und im gegenseitigen Gespräch zu fördern. Gerade indem wir mehr als nur ein Kulturassessorat haben, die - basierend auf gemeinsamen gesetzlichen Grundlagen und gemeinsamen Grundprogrammen - autonom verwalten, können wir diesem Bemühen umso besser entsprechen, der unterschiedlichen Bevölkerungsverteilung der Sprachgruppen über das Land und ihren unterschiedlichen historischen Voraussetzungen und damit insgesamt der Bewahrung kultureller Vielfalt gerecht werden. In diesem Zusammenhang wird auch das Bestreben der Landesregierung zu sehen sein, bei der Verteilung der Kulturmittel neben dem Proporz auch den konkreten Bedarf der Sprachgruppen insgesamt im Land zu berücksichtigen.

Ich erwähne weiters die Förderung der Zwei- und Mehrsprachigkeit. Dies erfolgt nicht nur über entsprechende Maßnahmen in der Schulpolitik, auf die ich noch zurückkomme, sondern auch über die Weiterbildung sowie über Stipendien für Sprachaufenthalte.

Schließlich kommt die Förderung von Kultur auch in den kulturellen Initiativen der Verbände, Vereine und sonstiger Organisationen zum Ausdruck. Diese Förderung bekennt sich zur Subsidiarität, und sie bekennt sich zur Vielfalt der Standpunkte und Meinungen.

Nichts geht über Eigeninitiative

Kulturarbeit, die auf Ehrenamtlichkeit beruht, werden wir nach wie vor in besonderem Maße unterstützen. Kultur bedeutet auch Dialog unseres Landes

und unserer Bürger nach außen. Gerade in einer Zeit der Formierung Europas, in einer Zeit wachsender beruflicher Mobilität, in einer Zeit der Globalisierung vieler Probleme - wie Arbeitslosigkeit, Bevölkerungsmigrationen - kommt es zunehmend auf einen solchen Dialog an. Er findet auf vielfache Weise statt:

- in den Bemühungen um eine Europaregion Tirol
- in den engen Kontakten mit unseren Nachbarländern, insbesondere auch jenen innerhalb der ARGE ALP
- in den Bestrebungen, Hochschulstipendien auch Studenten gewähren zu können, die Universitäten außerhalb des italienischen und deutschen Sprachraums besuchen
- in der verstärkten Förderung der Fremdsprachkenntnisse.

Im Bereich der Bildung sind bereits in der vergangenen Legislaturperiode die Voraussetzungen dafür geschaffen worden, das Angebot über die Ebene der Matura hinaus zu erweitern. Diesen Weg wollen wir weitergehen. Über die Mitgliedschaft in der Europäischen Akademie Bozen ist die Landesregierung weiterhin Garant für ihren Ausbau und die Weiterentwicklung ihrer Angebote im postuniversitären Bereich.

Insgesamt ist die Erlangung der primären Gesetzgebungskompetenz für den gesamten Bildungsbereich - dies gilt insbesondere für die Schule - das bildungspolitische Hauptziel, das in den nächsten Jahren weiterverfolgt werden muß. Der Prozeß "Schule zum Land" soll vorangetrieben werden, und zwar aus der Überzeugung heraus, daß eine wirklich autonome, koordinierte, qualifizierte, den örtlichen Gegebenheiten entsprechende, die Interessen der beteiligten Kräfte berücksichtigende, nicht-zentralistische Bildungspolitik letztlich nur möglich ist, wenn die Zuständigkeiten für alle Schulagenden in Südtirol liegen.

Das gesamte Feld der Weiterbildung soll eine weitere Qualifizierung erfahren. Soweit es in den Steuerungsmöglichkeiten der Landesregierung liegt, wird sie dafür sorgen, daß mehr Koordination bzw. Differenzierung unter den Weiterbildungs-Anbietern stattfindet, und daß die Angebote noch effizienter und zielgerichteter werden. Der Europäischen Akademie Bozen und den entstehenden universitären Strukturen werden dabei möglicherweise - dies wird im einzelnen zu prüfen sein - wissenschaftlich begleitende und beratende Aufgaben zuwachsen.

Die Hochschule - eine Investition in die Zukunft

Die Gründung von universitären Strukturen in Südtirol wird ein wichtiges Vorhaben in dieser Legislaturperiode sein. Abgesehen von der Entscheidung über das Für und Wider, es bleiben in diesem Zusammenhang noch eine ganze Reihe von Hürden finanzieller, politischer und rechtlicher Natur zu nehmen.

In erster Linie ist die Frage, ob wir unser bewährtes Bildungssystem nach oben, in Richtung Hochschule ausbauen sollen, auf die italienische Universitätsreform zurückzuführen. Mit dieser Reform hat sich Italien auf den Weg gemacht, die postsekundäre Ausbildung entsprechend den EG-Richtlinien umzugestalten.

Das akademische Vollstudium für die Grundschullehrer, die postuniversitäre Spezialisierung der Mittelschullehrer sowie universitäre Diplomkurse für

fast alle Berufe, die bisher mit Maturaabschluß zugänglich waren, stellen für Südtirol mit seinem abgerundeten System von berufsbildenden Oberschulen tiefgreifende Neuerungen dar.

Südtirol, das für sich politische, aber auch wirtschaftliche, soziale und kulturelle Eigenständigkeit beansprucht, muß sich den Herausforderungen unserer Zeit bewußt stellen und kann dies nur tun, wenn es auch im Bereich der Forschung und der Weiterbildung auf allen Ebenen die nötigen Strukturen aufweist. Dies hat sich in letzter Zeit auch als unersetzliche Bedingung für eine gleichberechtigte partnerschaftliche Beteiligung an höchst interessanten Projekten der Europäischen Gemeinschaft erwiesen.

Sicher wird eine universitäre Struktur in unserem Lande vorab auf Stärken dieses Standortes aufbauen, um ein charakteristisches Profil annehmen zu können. Die größten Chancen liegen wohl in einer betont internationalen Ausrichtung, möglicherweise in einer Studienorganisation, welche obligatorische Studienabschnitte an Partneruniversitäten vorsieht u.s.w..

Ganz klar muß jedoch gesagt werden:

- daß eine universitäre Einrichtung in Südtirol zwar durch das Angebot von universitären Diplomkursen den Einstieg unserer Studenten in ein Vollstudium erleichtern kann,
- grundsätzlich aber nicht zum Ziele hat, die derzeitigen Studienplätze der Südtiroler Hochschulüler an Universitäten außerhalb des Landes zu ersetzen.

Eine universitäre Struktur in Südtirol wird also eine zusätzliche Einrichtung sein, deren Angebot zumindest mit den Nachbaruniversitäten insbesondere mit unserer Landesuniversität Innsbruck abgestimmt werden muß.

In Südtirol soll keine "universitas" mit allen Fakultäten gegründet werden. Es soll sich nur um wenige, auf unsere spezifischen Verhältnisse abgestimmte Studiengänge handeln wie z.B. Sprache, Internationales Recht, Minderheitenrecht, Alpenökologie oder ähnliches.

Gesundheitsfördernder Lebensraum - ein Gemeinschaftsanliegen für alle

Südtirols Gesundheitswesen kann sich nach übereinstimmendem Urteil der Fachwelt sehen lassen. Nicht von ungefähr interessiert sich derzeit sogar die Weltgesundheitsbehörde für unsere modellhaften Versorgungseinrichtungen. Auf dem bisher Geleisteten konsequent weiter aufbauen, ist daher auch für die XI. Legislaturperiode unser Ziel in diesem zentralen Verwaltungsbereich. Damit sich unsere Bevölkerung weiterhin ihres hohen Gesundheitsstandes bei bestmöglicher Versorgung erfreuen kann, sind die finanziellen Mittel im Gesundheitswesen angesichts des ständig steigenden Leistungsangebotes noch besser als bisher einzusetzen. Wir werden also die eingeschlagene Richtung beibehalten und bestrebt sein, die in Aufbau befindlichen, dezentralen Versorgungsstrukturen mit unseren leistungsstarken Krankenhauseinrichtungen bedarfsgerecht zu vernetzen.

Dies bedeutet, daß wir

- über den zügigen Ausbau des Sprengelwesens die Basisversorgung vor Ort weiter fördern wollen;

- durch eine saubere und flexible Bedarfsplanung dafür sorgen, daß in unserem landesweit gut abgestimmten Krankenhausangebot weder kostentreibende Verdoppelungen noch Versorgungslücken entstehen;
- der Prävention und Rehabilitation, der Gesundheitserziehung und Gesundheitsbildung eine noch größere Bedeutung beimessen müssen.

Das heißt für mich nicht, daß die Leistungen der öffentlichen Hand auf diesem Feld besonders zu kürzen wären, sondern daß jeder einzelne von uns einfach wieder etwas sorgsamer mit seiner Gesundheit umgeht.

Gemeinsam statt einsam

Neben dieser immer wichtigeren Verantwortung für die eigene Gesundheit, für gesunde Lebens- und Arbeitsräume, ist zukünftig die verantwortungsvolle Miteinbeziehung unserer Bürger bei den großen sozialen Anliegen unserer Zeit gefordert. Dies gilt insbesondere auch für die Betreuung der betagten Menschen.

Wir wollen uns dabei von der Überzeugung leiten lassen, daß die älteren Menschen in Südtirol so lange als möglich ihre Individualität und ihre Unabhängigkeit bewahren können sollen. Sowohl in der Sozial- und Familienpolitik, in der Wohnungs- wie Verkehrspolitik haben wir darauf zu achten, daß unsere älteren Mitbürger so lange in ihrer vertrauten Umgebung leben können, wie sie dies wünschen. Dies ist nur möglich, wenn wir vor Ort ihre Selbständigkeit erhalten, wenn wir durch bürgernahe Versorgungseinrichtungen und über angemessene Familienunterstützung die nötige Selbsthilfe fördern. Der Sprengel bildet hierzu die richtige Antwort zur richtigen Zeit. Dies gilt sowohl für die Errichtung und Führung von Altersheimen und Altenclubs als auch für die flächendeckende Schaffung von Einrichtungen für Langzeitkranke; dabei soll der Schlüssel 5,0 Betten pro 1000 Einwohner angestrebt werden.

So wie ich die Auffassung vertrete, daß unsere Politik für alte Menschen nicht von der betreffend alle übrigen Bevölkerungsgruppen abgelöst werden darf, bin ich auch fest davon überzeugt, daß die ständig wachsende Anzahl älterer Menschen eine humane Hilfsquelle gewaltigen Ausmaßes darstellt. Meist scheiden die Älteren noch bei völlig intakter Gesundheit aus dem Arbeitsprozeß aus und haben dann oft 20, 30 und mehr lebenswerte Lebensjahre vor sich, in denen ihre Erkenntnisse und ihre Lebensklugheit kaum gefragt sind. Hier warten große Anstrengungen der Anregung, Ermunterung und Umsetzung auf uns, um diesen wertvollen Erfahrungsschatz für ein reichhaltigeres Leben in die Gesellschaft einbringen zu können.

Die wichtigste Maßnahme dazu wird sein, die Kontaktmöglichkeiten zwischen den Generationen zu mehren und den generationenübergreifenden Zusammenhalt zu stärken. Und so wie wir unsere Politik für die Älteren in Zukunft mit den Älteren zu gestalten haben, sind wir alle aus der sozialetischen Grundverpflichtung des Zusammenlebens heraus aufgefordert, unseren Mitmenschen, die in soziale Not geraten sind, die Schwierigkeiten mit ihrer Lebensführung haben oder mit Behinderungen leben müssen, durch eine Politik der Zusammenführung und gemeinschaftlichen Lösung zu helfen. Die öffentliche Hand kann bei der Wahrnehmung dieser Aufgaben unterstützend wirken.

Würde sie jedoch sämtliche Verantwortung selbst übernehmen wollen, dann wäre sie schon am ersten Tag heillos überfordert und das Gemeinwesen am Ende.

Deshalb liegt es mir am Herzen, daß auch in der Sozialpolitik der Grundsatz zu gelten hat: Vorfahrt dem Bürgersinn. Seine Selbstentfaltung in Form der sozialen Verbände und Vereinigungen, der karitativen Unternehmungen, der Wohlfahrtsinitiativen und völlig unabhängigen, spontanen Sofortunterstützungen wie etwa Not- und Nachbarschaftshilfen haben in unserem Land eine lange Tradition. Die neue Landesregierung wird bemüht sein, ihr eine ebenso wirkungsvolle Zukunft zu sichern.

Der Jugend Vorbild sein

Die Förderung der Jugendarbeit ist und bleibt die sicher wirksamste Investition in die Zukunft. Jugendpolitik ist zudem eine Aufgabe, die sich quer durch alle Politikbereiche zieht. Mehr als andere Bevölkerungsschichten hat die Politikverdrossenheit unsere Jugend in Beschlag genommen, umso mehr müssen wir jene Werte vermitteln, die für unsere Demokratie stehen: Offenheit, Toleranz und Solidarität. Mit dem Fehlen von glaubwürdigen Vorbildern läuft unsere Jugend Gefahr, mehr und mehr in den politischen Extremismus abzugleiten. Wir brauchen junge Menschen, die sich einmischen in die zukünftige Gestaltung unseres Gemeinwesens. Wir brauchen Jugendliche, die der Angst, der Aggression und dem Frust Widerstand entgegensetzen, die sich engagieren für die Lösung der großen Zukunftsaufgaben (Schule, Beruf, Umwelt, Frieden usw.) bei uns, in Europa und darüberhinaus. Dies heißt, daß wir Kinder und Jugendliche in ihren Anliegen, Interessen und Bedürfnissen ernstnehmen und ihnen Raum geben für demokratische Mitgestaltung. Dies heißt aber auch, daß wir Jugendlichen den Wert und den Sinn des Lebens verständlich machen müssen durch glaubwürdiges Vorbild im Reden, Tun und Sein.

In diesen Bereichen, in unserer Arbeit für die jungen Menschen, für die sozial Schwächeren, für unsere ältere Generation, werden wir mehr als anderswo an unseren Taten gemessen werden. Die Herausforderungen an uns für die kommenden fünf Jahre in der Gesellschafts- und Sozialpolitik werden sein:

- die Familie als Keimzelle der menschlichen Gemeinschaft schützen
- die Rolle der Frau in unserer Südtiroler Gesellschaft noch mehr aufwerten
- der Jugend Halt und Vertrauen geben
- den alten und kranken Menschen die Sicherheit des Geborgensein vermitteln
- den am Rande unserer Gesellschaft lebenden Menschen, auch jenen in und aus der Dritten Welt, tatkräftige Solidarität angedeihen lassen.

Ziel unserer Entwicklungszusammenarbeit mit den Ländern der Dritten Welt wird es im Rahmen unserer bestehenden Möglichkeiten weiterhin sein, Anstöße zur Selbsthilfe zu geben. In diesem Rahmen erachten wir es als besonders notwendig, den bei uns arbeitenden und wohnenden Mitbürgern aus diesen Ländern eine berufliche Ausbildung zu vermitteln und ihnen dadurch eine Rückkehr in ihre Heimat zu erleichtern. Denn auch die beste Aufnahme dieser Bürger bei uns kann ihnen ihre Heimat nicht ersetzen. Um unrealistische

Hoffnungen rechtzeitig zu zerstreuen und gefährliche unkontrollierte Ansiedlungen zu vermeiden, sollen die notwendigen Beratungsstellen mit notwendigen kurzfristigen Sozialeinrichtungen geschaffen werden.

Der Verwaltung einen hohen Stellenwert

Ich darf daran erinnern, daß ich bereits in meiner Regierungserklärung vor fünf Jahren der Verwaltung einen besonderen Stellenwert eingeräumt habe. Diese Aussagen und Ziele möchte ich hiermit bekräftigen, ebenso wie die Zielsetzungen und Maßnahmen, die im LEROP (Landesentwicklungs- und Raumordnungsprogramm) - Südtirol Leitbild 2000 zum Thema "Öffentliche Verwaltung" von der Landesregierung im letzten Jahr beschlossen worden sind.

Wichtige Schritte zur Verwirklichung dieser Zielsetzung wurden getan, insbesondere mit der Neuordnung der Führungsstrukturen der Landesverwaltung, die auch eine bessere Überschaubarkeit des Verwaltungsaufbaus gewährleistet.

Halten wir aber fest, daß eine Verwaltungsreform ein andauernder Prozeß ist, der zwar Etappenziele, aber kein Ende kennt. Für mich ist Verwaltungsreform eine Daueraufgabe. Deshalb betrachtet die Landesregierung die laufende Überprüfung der Verwaltung auf Bürgernähe, Leistungsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit und ihre kontinuierliche Anpassung an den sozialen, technischen, ökonomischen und ökologischen Strukturwandel als ein ständiges Anliegen. Die Forderungen nach Korrektheit, Sauberkeit und Transparenz der Verwaltung nehmen dabei einen besonderen Stellenwert ein.

Verwaltung heißt Dienst am Bürger

Da muß man sich zuerst die Frage stellen, welche Verwaltung will überhaupt der Bürger.

Der Bürger erwartet sich von der Verwaltung konsequentes Handeln im hochheitlichen Bereich, dort wo es um die grundlegenden Rechte geht wie Sicherheit, Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen, Gerechtigkeit und Gleichbehandlung aller Bürger.

Darüber hinaus aber ist die Verwaltung verstärkt im Sozial- und Dienstleistungsbereich gefordert.

Der Bürger erwartet, daß die Verwaltung flexibel und schnell auf neue Anforderungen reagiert, die aufgrund neuer Entwicklungen ökonomischer, sozialer oder gesellschaftlicher Art an sie gestellt werden.

Das Leitbild ist eine Landesverwaltung, die Zukunftsvorsorge betreibt und die sich abzeichnenden Probleme vorausschauend aufgreift, und nicht die Verwaltung, die reparierend den Fehlentwicklungen der Gegenwart hinterherhängt.

Schließlich erwartet der Bürger von der Öffentlichen Verwaltung die Fortsetzung des Wandels weg vom obrigkeitstaatlichen Denken hin zu mehr Partnerschaft mit dem Bürger und mehr Partizipation für den Bürger, nicht zuletzt um einer gewissen Politikverdrossenheit entgegenzusteuern.

Um diese Ziele zu erreichen, wollen wir unter anderem folgende Maßnahmen anstreben:

- Die Verwaltungsabläufe und -verfahren sollen weitgehend vereinfacht und beschleunigt und effektiver gestaltet werden. Das bedeutet aber auch, daß

man von einem übertriebenen Perfektionismus wird Abstand nehmen müssen zugunsten einer selektiven Ergebniskontrolle. Diesbezüglich steht uns ja eine Neuerung ins Haus: Noch in diesem Jahr wird die Präventivkontrolle durch den Rechnungshof abgeschafft werden. Es muß überlegt werden, wie "Kontrolle", die schließlich zu den Führungsaufgaben gehört, intern effizient eingesetzt werden kann, um verantwortungsvolles und korrektes Handeln zu garantieren.

- Zur Vereinfachung von Verwaltungsverfahren gehört aber auch, daß Individualorgane verstärkt anstelle von Kollegialorganen eingesetzt werden. Dadurch wird der Ablauf sicherlich beschleunigt und die Eigenverantwortlichkeit des Entscheidungsträgers erhöht.
- Die Gesetzesflut muß eingedämmt werden. Die Deregulierung darf kein inhaltsleeres Schlagwort bleiben. An dieser Stelle sind Sie, meine Damen und Herren, direkt angesprochen. Jeder Landtag sieht seine Hauptaufgabe darin, neue Gesetze zu verabschieden. Neue Gesetze bedeuten unweigerlich neue Rechtsvorschriften und neue, zusätzliche Steuerausgaben. Es gibt kein Gesetz, das nicht zusätzliche Kosten verursacht und neue Reglementierungen vorsieht; sonst bräuchte es ja kein neues Gesetz. Andererseits ist ein Landtag nicht denkbar, der keine neuen Gesetze beschließt. Aus diesem Grund - und weil es mir mit der Deregulierung sehr ernst ist - schlage ich vor, daß jedes neue Gesetz nach Möglichkeit
 - a) ein bestehendes Gesetz im gleichen Sachbereich abschafft;
 - b) im Begleitbericht den Verwaltungsablauf skizziert und dessen Verwaltungs- bzw. Vollzugskosten genau angibt, und
 - c) die jährlichen Gesamtausgaben bzw. Belastungen des Landeshaushaltes für die nächsten zehn Jahre realistisch schätzt.

Die Beratung in Verwaltungsangelegenheiten muß verbessert werden, so z.B. durch ämterübergreifende Auskünfte bei Informationsdienststellen, durch Hilfe bei Antragsstellungen, durch Verbesserung der Serviceleistungen, eventuell durch Sprechstunden und Außendienste, in allen Landesteilen. Wichtig ist auch, daß die Akzeptanz von Verwaltungsentscheidungen erhöht wird, wobei im Dialog um das Verständnis der Bürger geworben werden sollte. Schließlich soll alles getan werden, um eine logistische Konzentration der Dienste herbeizuführen, die für den Bürger zu einer Vereinfachung und für die Verwaltung zu einer Effizienzsteigerung führen wird.

Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung soll keine Leerformel sein

Ziel muß es sein, die Kosten des Verwaltungshandelns möglichst vollständig zu ermitteln und transparent zu machen und sowohl bei den Bediensteten wie beim Bürger ein Kostenbewußtsein zu erzeugen.

Um die Verwaltungskosten wirksam minimieren zu können, müssen die Kosten und ihre Entstehung transparent gemacht werden. Der Einsatz betriebswirtschaftlicher Methoden und Instrumente, wie ein modernes Rechnungswesen, das Controlling, die Wertanalyse usw., sollen ermöglichen, Schwachstellen und vermeidbare Kostenfaktoren zu identifizieren, die Abläufe optimal zu steuern und eine wirksame Erfolgskontrolle zu gewährleisten.

Eng damit verbunden ist und unbedingt überdacht werden muß die Haushaltsgebarung des Landes, wo die größten Einsparungen möglich sind. Dadurch, daß prinzipiell bei der Erstellung eines neuen Haushaltvoranschlages alle Ausgabenkapitel einmal auf Null gesetzt werden und jede Ausgabenvermerkung konkret begründet sein muß, wird die automatische Fortschreibung eventuell unwichtiger Ausgaben vermieden und die Schwerpunktsetzung erleichtert.

Ein weiterer wichtiger Kostenfaktor ist das Personal. Zwar sind nur 11,3 Prozent der Haushaltsausgaben Personalkosten (im Gegensatz z. B. zum Land Bayern, wo die Personalquote 42 Prozent ausmacht), doch auch bei gleichbleibendem Personalstand werden die Personalausgaben steigen. In nächster Zeit werden sicherlich zusätzliche Aufgaben an die Landesverwaltung herankommen (Übernahme von Staatsstraßen, im Sozialbereich usw.). Wir sollten aber alles tun, um den derzeitigen Personalstand nicht zu erhöhen. Deshalb wird eine Personalbedarfserhebung und -planung in allen Bereichen der Verwaltung durchgeführt werden, um sowohl Überhänge als auch Defizite auszumachen und auszugleichen. Allerdings wird ein Abbau von Mitarbeitern damit kaum möglich sein, da dies nur mit einem gleichzeitigen Abbau von Aufgaben und mit der Verringerung von Ansprüchen an das Land einhergehen kann. Man kann von der Verwaltung schließlich nicht verlangen, daß sie immer mehr Aufgaben übernimmt, alle sozialen Lasten trägt, überall als Nothelfer einspringt und immer effizienter wird, und gleichzeitig verlangen, daß sie Personal abbaut.

In diesem Zusammenhang möchte ich konkrete Überlegungen nicht aussparen:

- die Wochenarbeitszeit der Beamten sollten an die mitteleuropäischen Standards angepaßt werden
- Gehaltserhöhungen sollten leistungsbezogen und nicht mehr automatisch erfolgen
- das öffentliche Dienstverhältnis sollte privatisiert werden.

Das zu Unrecht zurückgewiesene Rahmenabkommen mit den Gewerkschaften im Öffentlichen Dienst werden wir jedenfalls so rasch wie möglich wieder neu angehen.

Transparenz und Korrektheit im Verwaltungshandeln

Ich habe schon vorhin erwähnt, daß die Forderung nach Korrektheit und Transparenz der Verwaltung ein ganz besonderes Anliegen darstellt. Ich bin überzeugt, daß unsere Verwaltung im großen und ganzen eine saubere Verwaltung ist. Es gibt aber einzelne Schwachstellen, die es zu beseitigen gilt. Dort, wo festgestellt wurde oder wird, daß unkorrekt, unehrlich oder unlauter gehandelt worden ist, werden wir größte Strenge walten lassen. Dabei muß ich ein grundsätzliches Unbehagen anbringen, da einerseits konkreter Handlungsbedarf in Richtung Aufdeckung von Vergehen gegeben ist, andererseits es aus rechtsstaatlicher Sicht ausgeschlossen ist, in die persönliche Sphäre eines einzelnen Mitarbeiters einzudringen.

Für mich aber bleibt ein grundsätzliches Vertrauen in den Mitarbeiter Ausgangspunkt und Basis der internen Organisation. Allerdings werden wir in

Zukunft systematischer bestimmte Maßnahmen einleiten, wie die Einführung eines Inspektionsdienstes oder wie einen häufigeren Wechsel in den Führungspositionen in der Verwaltung. Sicherlich werden zudem im angesprochenen "Leitbild" Maßstäbe für das Verhalten der Mitarbeiter festgeschrieben werden.

Dem Bürger geben, was des Bürgers ist

Der Politik immer zahlreichere Lebensbereiche des Menschen zu überantworten, das war eine ganz allgemeine Tendenz in den letzten beiden Jahrzehnten. Und zwar nicht nur bei uns und auch nicht nur gegenüber der Landesverwaltung. Überall, wo schnelle Entscheidung zur Konfliktlösung gefragt war, rief man nach der Politik, auch dort, wo sie sachgemäß nicht gefordert ist. Die politische Durchdringung des öffentlichen Lebens stieg sprunghaft an. Die Folge war, daß Lösungen nach allgemeinen Gesichtspunkten selbst dort gesucht wurden, wo vorrangig individuelle Entscheidungen angesagt sind.

Die Landesverwaltung wurde zunehmend in die Rolle einer Vermittlungs- und Verteilungsinstanz gedrängt. Zwar flossen damit die Beiträge und Subventionen immer reichlicher, was vielleicht von manchem als vermeintliche Bürgernähe falsch verstanden werden konnte, die Kluft zum Bürger aber vergrößerte sich zusehends.

Sorge um das Gemeinwohl ist aber etwas anderes als die Summe aller Einzelbedürfnisse und Gruppeninteressen. Der weit verbreiteten Überschätzung der Politik, aber auch ihrer eigenen Selbstüberschätzung ist daher kritisch zu begegnen. Ein Legislaturanfang bietet hierzu wohl die denkbar beste Möglichkeit.

Vieles, was uns heute bewegt, ist mit den gewohnten Mitteln der Politik nicht mehr zu lösen. In einer Zeit des Umbruchs, wie wir sie in ganz Europa erleben, sind - wie ich schon vorher angedeutet habe - die anstehenden Herausforderungen an die Gesellschaft kaum mit einem Mehr an Gesetzen oder mehr Verwaltung und öffentlicher Unterstützung zu bestehen. Der Sozialstaat ist vielmehr - und zwar europaweit - unter Druck geraten. Die Ursachen sind bekannt und heißen: anhaltende Rezession, steigende Arbeitslosigkeit, zunehmende Alterung der Bevölkerung.

In den nächsten Jahren wird daher zu den vorrangigen Zielen meiner politischen Bemühungen zählen, den Bürgern unseres Landes mehr Freiräume zur Entfaltung ihrer persönlichen Gestaltungskraft zu sichern. Es soll ihnen also im Rahmen unserer autonomen Befugnisse wieder stärker die Chance eingeräumt werden, das selbst zu leisten, was sie eben selber besser leisten können. Ohne Eigeninitiative und Eigenverantwortung der einzelnen Bürger im vorpolitischen Raum erlahmt die gerade jetzt so dringend benötigte Mitgestaltung an der Entwicklung unseres Gemeinwesens im Umbruch.

Es bedarf der tätigen Mithilfe engagierter Bürgerinnen und Bürger, die noch oder wiederum bereit sind, unsere Lebenswelt als subsidiär abgestuften Handlungsraum selbst zu gestalten, ganz besonders durch ehrenamtliche Verbände und Organisationen. Ohne Gemeinwesen gibt es nämlich kein Gemeinwesen.

Auf den Ebenen bürgernaheer Politik wird sich die Fähigkeit der Südtiroler Gesellschaft zu gemeinschaftlichem und solidarischen Handeln zu bewähren haben. Wenn wir wollen, daß eine neue Politik der örtlichen Nähe die immer notwendigeren Integrations- und Innovationsleistungen zur Entschärfung der Konfliktpotentiale unserer Gesellschaft im Umbruch beibringt, dann sind Motivation, Kommunikation und Dialogfähigkeit neue, unerläßliche Eigenschaften der öffentlichen Hand.

Damit wir den Bürgersinn in unserem Lande in dem Ausmaße beflügeln können, wie ich es eben in Aussicht gestellt habe, müssen wir dreierlei als Vorleistung bringen:

1. Vertrauen erhalten und dort, wo Politikverdrossenheit sich breitmacht, Vertrauen neu begründen. Die beste Gewähr hierfür ist noch immer eine erfolgreiche und kontinuierliche Politik, die sich an den Bedürfnissen der Bürger orientiert.
2. Glaubwürdig zu handeln, wozu in erster Linie eine programmatisch ausgerichtete, konsensorientierte Politik gehört. Leichtfertige und ideologisch gefärbte Schwarz-Weiß-Malerei unhaltbarer Versprechen sind hingegen keine gangbare Alternative. Ihr ist mit Taten und einer ausgleichenden Haltung zu begegnen, die die Eigenheiten unseres Landes berücksichtigt und der Stärkung des friedlichen Zusammenlebens aller bei uns wohnhaften Volksgruppen dient.
3. Dem Bürger nicht nach dem Munde reden, vielmehr ihn darauf aufmerksam machen, wo seine Möglichkeiten, aber auch wo seine überzogenen Ansprüche liegen.

Auf dieser Grundlage können Orientierungshilfen angeboten werden, damit die Eigenverantwortung und Selbstbestimmung der Bürger wieder voll zum Tragen kommen. Dies ist wohl die wichtigste Investition, die wir heute für morgen und übermorgen leisten können.

Von der Schwierigkeit, Landeshauptmann zu sein

Das wirksamste Mittel für diese Bürgernähe ist - wie gesagt - das Verbundensein des Politikers mit dem Volke, das Ohr am Puls der Leute haben. Für mich war und bleibt diese Verbundenheit mit dem Volke - ohne Unterschied des Standes und der Sprache - oberster Auftrag als Landeshauptmann. Die große Anzahl an Vorzugsstimmen, die ich bei den letzten Wahlen erhalten habe, sind für mich Auftrag und Ansporn zugleich, den in dieser Hinsicht von mir eingeschlagenen Weg weiterzubeschreiten. Was die Menschen in diesem Lande an meiner Arbeit schätzen, sind die Nüchternheit und der Hausverstand, mit der ich an die Dinge herangehe, ebenso wie den Einsatz und die Handlungsfähigkeit, mit denen ich die aufgeworfenen Anliegen und Probleme zu lösen versuche. In meiner täglichen Arbeit bin ich immer bestrebt, bei Problemfällen nicht sosehr nach Schuldigen, sondern nach Lösungen zu suchen.

Jeder Politiker muß sicher seinen eigenen Weg gehen können. Aber bei aller politischen Flexibilität, die ich mir selbst zugestehe: Ich bin kein Mann, der sich mit dem Winde dreht, der kopernikanische Wenden vollzieht. Ich bin und bleibe Pragmatiker, wobei ich dies mehr als Tugend denn als Fehler betrachte

und mir dies auf Dauer mehr Vorteile als Nachteile bringt. Nach fünf Jahren Tätigkeit als Landeshauptmann traue ich mir zu, das richtige Augenmaß für das Machbare genauso wie für das Tragbare zu haben. Ob dies dann auch immer das Beste war und ist, darüber werden nachfolgende Generationen zu entscheiden haben.

Landeshauptmann zu sein, ist eine schöne Aufgabe, aber gleichzeitig - und dies mußte ich in den fünf Jahren oft feststellen - auch eine schwere Last. Die Verantwortung bekommt man vor allem dann zu spüren, wenn man auch den unangenehmen Dingen und den schwierigen Entscheidungen nicht aus dem Weg geht. Nicht wenige haben mich gegen meinen Willen in die Rolle des Wundermannes oder des Übermächtigen versetzt, der ich nicht bin und nicht sein will. Wenn in der abgelaufenen Legislaturperiode doch einiges geleistet werden konnte, so dank der Mithilfe vieler, in erster Linie der Mitglieder der Landesregierung und der vielen tüchtigen Mitarbeiter in der Landesverwaltung, aber auch dank der guten Zusammenarbeit, die in diesem Hohen Hause erreicht werden konnte. Ich darf der Zuversicht und Erwartung Ausdruck verleihen, daß wir auch in den Jahren vor uns ein gutes und demokratisch ausgereiftes Verhalten zueinander finden. Denn je mehr es uns gelingt, an einem Strang zu ziehen, desto leichter können die aufgezeigten schwierigen Aufgaben einer Erfüllung zugeführt werden. Ich meinerseits versichere Ihnen allen die Bereitschaft zu ehrlichem Dialog und fairer Auseinandersetzung.

Ich werde auch in den nächsten fünf Jahren nur im gemeinsamen Bemühen dieser verantwortungsvollen Aufgabe als Landeshauptmann gerecht werden können. Daß ich dabei versuchen werde, mein Bestes zu geben, dessen können Sie, sehr verehrte Mitglieder des Südtiroler Landtages, und alle Bürger dieses Landes sicher sein!

Signora Presidente, Egregi Consiglieri! Non aspettateVi che dia un indirizzo del tutto nuovo alla mia politica di governo. Molte delle tematiche da me trattate cinque anni fa in questa stessa sede costituiscono tuttora delle priorità e rimangono quindi all'ordine del giorno della mia politica. Rientrano in questo ambito gran parte delle mie affermazioni sulla politica autonomistica. Sono tuttora schierato in favore di un modello autonomistico dinamico e in continuo sviluppo. Continuerò a voler essere il Presidente della Giunta di tutti gli altoatesini. Altrettanto essenziale è per me un'amministrazione orientata alle esigenze dei cittadini e il decentramento delle competenze che consenta di mantenere un contatto diretto con la cittadinanza. Ed è in questo spirito di partecipazione che verrà sempre assicurata un'informazione rapida e corretta sui principali obiettivi e sulle decisioni della politica provinciale.

E' nostra intenzione continuare a costruire nei prossimi cinque anni sui risultati che si sono rivelati validi e che hanno dato prova di sé nel lungo periodo. Nel corso della X legislatura abbiamo fatto molti progetti che aspettano di essere realizzati, abbiamo seminato - spesso lavorando assiduamente e dietro le quinte - e potremo raccogliere nei prossimi anni i frutti del nostro operato. In alcuni settori dovremo invece abbandonare la strada imboccata o correggere la

rotta. Sarà necessario porre nuovi accenti per poter raccogliere le sfide che si presenteranno nei prossimi anni, alla vigilia del nuovo millennio.

Per continuare ad amministrare la nostra piccola Provincia dovremo conservare e consolidare - compatti ed unendo tutte le nostre forze - l'equilibrio politico e la pace sociale.

Sbaglia chi ritiene di poter rinunciare alla nostra autonomia, a prescindere dai modi e dagli strumenti che utilizza. Va inoltre affermato con la massima determinazione che anche dopo la chiusura del "Pacchetto" la lotta per l'autonomia non è conclusa. Dobbiamo sì tenere conto dei risultati delle elezioni del Consiglio provinciale del 21.11.93, ma non attribuire con riguardo alla politica autonomistica troppo peso all'aumento dei voti andati alla destra. Essi sono, non da ultimo, in gran parte riconducibili alla tendenza riscontrata a livello nazionale in favore di una polarizzazione partitica.

Non possiamo però assistere senza reagire a questo autoisolamento politico - forse più inconscio che consapevole - di parte del nostro elettorato. Non permetteremo quindi che questo fenomeno ci scoraggi nella nostra attività politica. La via d'uscita è necessaria ed è anche possibile trovarla. Sono convinto che la stragrande maggioranza dei cittadini della nostra provincia apprezza i vantaggi della nostra autonomia. Dobbiamo quindi trovare il modo di trasformare un consenso a parole in convincimento duraturo. Dobbiamo rendere tutti consapevoli del ruolo insostituibile della nostra autonomia per lo sviluppo della Provincia e la cooperazione tra i gruppi etnici. Questa coscienza autonomistica deve diventare parte di noi, essere un qualcosa - e non vorrei sembrare sentimentale - che ha per noi il massimo valore. Ma questo richiede l'apporto convinto e instancabile di tutti, non solo a parole, ma anche con il buon esempio e con i fatti. Non può e non deve essere compito solo del Presidente della Giunta provinciale, adoperarsi per l'armonia e la fattiva collaborazione tra i gruppi etnici e far sì che soprattutto il gruppo etnico italiano sostenga l'autonomia. Tutte le forze politiche, le parti sociali e soprattutto i mass-media sono chiamati a cooperare in questo senso. Gli avventati discorsi della domenica e i titoli provocatori sui giornali possono però purtroppo produrre con fin troppa facilità nuove lacerazioni, là ove vi sono strappi laboriosamente e faticosamente ricuciti.

Consolidare l'identità della nostra Provincia

Ritengo che si debba sviluppare una nuova cultura della convivenza, una nuova scala di valori nella nostra patria comune. Soprattutto se sfruttiamo insieme i vantaggi della nostra autonomia potremmo sentirci tutti a casa nostra in Alto Adige. Cerchiamo di attenerci quindi alle seguenti linee guida:

- per noi tutti - ladini, tedeschi o italiani - gli elementi comuni prevalgono sulle diversità;
- dobbiamo superare l'atteggiamento di sfiducia e di chiusura che ci siamo autoimposti;
- cerchiamo di capire meglio i timori e le preoccupazioni dell'altro gruppo etnico, immedesimandoci maggiormente nella sua situazione;
- cerchiamo soprattutto di non inasprire i contrasti, bensì di attenuarli e di superarli.

Nessuno dei gruppi etnici trae vantaggio dal continuo rimuginare sugli errori e sulle colpe del passato. E' però altrettanto controproducente perseverare nella conservazione e perpetuazione delle ingiustizie commesse (come ad esempio nell'ambito della toponomastica). Il disgraziato "Monumento della Vittoria" di Bolzano non dovrà e potrà più essere in futuro né il teatro di commemorazioni né l'oggetto di polemiche. Agendo così non si avvantaggia nessuno, tanto meno i caduti in guerra. Cercheremo di mettere in pratica le proposte della commissione appositamente insediata per il futuro di questo monumento. Dovremo promuovere più che in passato delle iniziative che stimolino la fiducia nell'autonomia e che aprano nuove prospettive di collaborazione. Il nuovo programma di coalizione ne fissa gli indirizzi e se realizzeremo queste proposte, potremo certo togliere slancio a quelle forze che cercano delle risposte politiche in un passato che noi ritenevamo superato da tempo.

Deve essere però chiaro che - ai sensi dell'Accordo di Parigi e dello Statuto di autonomia - solo la minoranza tedesca e ladina godono di una tutela particolare, la cui perpetuazione giuridica è senz'altro assicurata dalla quietanza liberatoria. Questa tutela suppletiva non va però a scapito dei cittadini di lingua italiana, dato che in fin dei conti ogni ampliamento e miglioramento della nostra autonomia avvantaggia, alla lunga, tutti e tre i gruppi etnici.

Più comprensione da Roma

Stiamo assistendo attualmente al più grosso sconvolgimento del panorama partitico del dopoguerra, unito a una profonda crisi politica e istituzionale. Questa instabilità politica si ripercuote anche sui rapporti tra Roma e Bolzano. Per noi altoatesini è difficile prevedere al momento quale via imbroccherà l'Italia dopo le elezioni parlamentari. Speriamo ardentemente che questa nuova crisi induca la nuova maggioranza politica non solo a superare "tangentopoli", bensì a organizzare lo Stato in modo più federalistico e quindi più vicino alle esigenze dei cittadini. Speriamo inoltre che Roma riacquisti la sensibilità - che negli ultimi tempi è andata perdendo - per i nostri diritti, riconosciuti a livello internazionale, nonché la necessaria comprensione per i particolari interessi della nostra provincia.

La Giunta provinciale offrirà ad ogni governo nazionale democratico la propria collaborazione franca e costruttiva quando verranno trattati i problemi dell'Alto Adige. Non deve però venire messo assolutamente in discussione il rispetto del "Pacchetto" in tutte le sue parti. Dopo la chiusura del Pacchetto, che ha richiesto tanta fatica, non possiamo più tornare indietro bensì solo guardare avanti secondo un concetto dinamico di autonomia. La nostra autonomia si è rivelata efficace. Abbiamo fatto buon uso delle nostre competenze, ponendo le fondamenta del benessere e della pace sociale della nostra popolazione. E' quindi più che comprensibile la nostra intenzione di consolidare la nostra autonomia rivendicando dallo Stato soprattutto quei settori che esso trascura maggiormente. Potremmo in questo modo dare il nostro contributo al risanamento delle finanze statali.

La Giunta provinciale continuerà ad adoperarsi con grande determinazione, affinché soprattutto le norme sulla proporzionale e sul bilinguismo, o sul tri-

linguismo, vengano rispettate da tutti gli enti pubblici e soprattutto dalle aziende privatizzate. Dovremo prestare orecchio alle legittime esigenze degli altoatesini che operano nell'apparato statale.

Tutela dell'identità dei ladini

In fase di elaborazione e di attuazione del nuovo Statuto di Autonomia si è tenuto conto delle esigenze fondamentali dei ladini. Se i risultati ottenuti non vengono considerati del tutto soddisfacenti con la mentalità di oggi, questo è riconducibile anche al fatto che l'autoconsapevolezza del gruppo etnico ladino è nata in gran parte con l'approvazione del nuovo Statuto di Autonomia. Come era avvenuto in passato, anche il presente programma di coalizione cerca di soddisfare, a livello politico ed amministrativo, le esigenze fondamentali di questa etnia. Si vogliono cancellare così alcune forme di discriminazione dei ladini che sono effettivamente ancora esistenti.

Questo programma di coalizione contiene prevalentemente gli obiettivi programmatici già affrontati nel corso della passata legislatura. Essi consistono in particolare nel proseguimento del programma di edilizia scolastica, nel miglioramento dell'insegnamento nelle scuole delle località di lingua ladina, nella promozione della lingua e della cultura ladina, nel riconoscimento della lingua ladina come lingua della pubblica amministrazione, nella garanzia del diritto di rappresentanza del gruppo etnico ladino in vari organi amministrativi. Sussiste inoltre la ferma intenzione di condurre in porto le seguenti iniziative:

- il risanamento e la risistemazione, avviati alcuni anni fa, delle viles ladine vengono portati avanti con determinazione. Vengono elaborati a questo scopo dei programmi integrati da attuare sotto la direzione di una ripartizione che provvede ad un opportuno scaglionamento temporale delle agevolazioni;
- l'assunzione della gestione e il potenziamento delle strade statali della Val Gardena e della Val Badia. I segmenti di Montana-Longega e l'accesso in Val Gardena da Ponte Gardena costituiscono delle priorità assolute.

Conservare e attuare la nostra autonomia in Europa

La nostra autonomia ha un'ottima reputazione anche fuori provincia. Dalla caduta della cortina di ferro, avvenuta cinque anni fa, molte cose sono cambiate in Europa. Con l'entrata in vigore del Mercato Unico il 1 gennaio 1993 c'è stato un ulteriore avvicinamento tra gli Stati della CEE. La realizzazione progressiva delle quattro libertà fondamentali, costituite dalla libera circolazione delle merci, delle persone, dei servizi e dei capitali, hanno comportato molti vantaggi anche per i cittadini altoatesini. Forse essi non sono ancora ben tangibili, ma a lungo termine essi avranno senz'altro un impatto positivo. Per poter sfruttare al massimo questi vantaggi è necessario un servizio d'informazione efficace e puntuale. Il Servizio affari comunitari istituito su mia iniziativa all'interno della Presidenza della Giunta provinciale ha fatto un buon lavoro in questo senso. Esso continuerà anche in futuro ad informare in modo flessibile e senza lungaggini burocratiche le parti sociali, l'amministrazione e i cittadini della nostra provincia, oltre a svolgere il ruolo di interlocutore con Bruxelles.

Con l'entrata in vigore dello Spazio Economico Europeo (SEE) il 1 gennaio 1994, anche gli Stati EFTA - ad eccezione della Svizzera - sono entrati a

far parte del Mercato Unico. Questo offre a noi altoatesini l'opportunità di sfruttare ancora meglio la nostra posizione di area economica situata sulla cerniera tra il nord e il sud dell'Europa. Affronteremo con dinamismo le sfide connesse con questo nostro ruolo.

L'Europa ha beneficiato di una forte integrazione non solo economica, ma anche politica. Con il Trattato di Maastricht la Comunità degli Stati europei ha compiuto un importante passo in direzione di un'Europa dei cittadini e delle Regioni. Con la previsione del principio della sussidiarietà e l'istituzione di un Comitato delle Regioni è stato riconosciuto l'importante ruolo svolto dalle regioni nell'ambito del processo d'integrazione. Sono infatti proprio loro ad avere la competenza di attuare concretamente e recepire il diritto e le politiche comunitarie, dando quindi un apporto determinante alla riuscita dell'unificazione europea.

Abbiamo sempre insistito sulla partecipazione di unità politiche di piccole dimensioni e abbiamo saputo difendere le nostre richieste a Roma e a Bruxelles. L'Alto Adige è ora rappresentato all'interno del Comitato delle Regioni. Tale Comitato dovrà essere consultato in futuro in tutte le materie di interesse regionale. In tal modo le esigenze delle regioni vengono inserite nel processo decisionale europeo. E' nostra intenzione sfruttare attivamente il diritto di rappresentanza che ci è stato riconosciuto e soprattutto tutelare con determinazione le esigenze delle minoranze linguistiche. La nostra autonomia è per molti un esempio anche sotto questo aspetto, che pur non essendo trasferibile "sic et simpliciter" ad altre situazioni, resta una conquista da emulare. La nostra presenza all'interno del Comitato delle Regioni ci permetterà di prospettare direttamente le nostre esigenze, senza ricorrere all'intermediazione dello Stato, richiamando l'attenzione sulle particolarità e sui problemi locali. Avremo contemporaneamente l'occasione di potenziare e rafforzare i nostri rapporti e la collaborazione con le altre regioni. Desideriamo conservare e far prosperare - a reciproco vantaggio - la tradizione instauratasi anche all'interno dell'ARGE-ALP all'insegna della ricerca di soluzioni concertate a problemi comuni in settori importanti come l'ecologia, l'agricoltura, l'assetto del territorio e gli affari sociali.

Dobbiamo però anche usufruire dei diritti e delle opportunità che ci vengono riconosciuti a livello nazionale. Nei settori in cui gode di competenza primaria e secondaria la Provincia di Bolzano può procedere autonomamente al recepimento del diritto comunitario. Dato che con il rafforzamento dell'integrazione europea un numero sempre crescente di tematiche di rilievo per l'Alto Adige verranno codisciplinate dalla Comunità - dall'agricoltura, alla tutela del paesaggio, fino alla formazione professionale - questa possibilità di recepire autonomamente il diritto comunitario è di vitale importanza. Sfrutteremo appieno con procedure rapide e flessibili le opportunità che ci vengono offerte e faremo di tutto, affinché il recepimento e l'attuazione del vigente diritto comunitario avvenga in Alto Adige nel modo più conforme alla realtà locale. In questo modo tuteliamo anche l'autonomia che ci è stata accordata dal governo di Roma. Dobbiamo infatti continuare a tenere gli occhi aperti di fronte a tendenze centralistiche nazionali che tendono a prendere piede soprattutto in periodi di crisi.

La regione europea del Tirolo - un'opportunità

La discussione condotta su scala europea sulla sussidiarietà ed il federalismo apre nuove possibilità nei rapporti tra l'Alto Adige e il Tirolo settentrionale ed orientale. Esse si esprimono nella proposta di Regione europea del Tirolo, un'entità nella quale il cittadino possa riconoscersi e sentirsi a casa propria nella grande Europa. Essa ci offre - senza modificare nessun confine - la possibilità di far diventare realtà uno spazio con una tradizione comune a livello economico, culturale e spirituale, in modo da ancorare su basi solide delle affinità che affondano le loro radici nella storia. Come primo passo è stata istituita la "Tavola Rotonda Regione Europea Tirolo". Essa deve fungere da forum di discussione per ricondurre ad un disegno unitario le nuove idee, aspettative, desideri e speranze della popolazione. Il primo obiettivo che ci si è posto consiste nell'elaborazione ed attuazione comune di progetti transnazionali che favoriscano il contatto quotidiano tra i cittadini delle varie parti del Tirolo. Solo con questi passi concreti e tangibili per tutti si potrà dare vita a questo progetto. Uno spunto può essere costituito in proposito dall'accordo sulla collaborazione transfrontaliera, anche se esso non ha una forza giuridica sufficiente per la nostra Provincia.

Una condizione importante per realizzare effettivamente una regione europea del Tirolo che non esista solo sulla carta è costituita a mio avviso dalla prossima adesione dell'Austria all'Unione Europea. E' vero che con l'istituzione dello Spazio Economico Europeo l'Austria è stata fortemente integrata in Europa sotto il profilo economico. Ma solo con un'adesione a pieno titolo potranno cadere i controlli al confine e la frontiera del Brennero non avrà più alcun significato. Solo allora potremo sfruttare tutte le possibilità di effettiva collaborazione nell'ambito della Unione Europea. Per questo noi altoatesini siamo invitati a sostenere in Austria e in Tirolo l'adesione di questo Paese all'Unione Europea. Desideriamo fare beneficiare la nostra comune regione tirolese delle esperienze pluriennali e per lo più positive da noi maturate all'interno della Comunità.

Una congiuntura economica non molto favorevole

La congiuntura economica che fa da sfondo all'inizio della nuova legislatura è certamente meno rosea di quanto non fosse cinque anni fa. Lo scenario nazionale ed internazionale è caratterizzato da vario tempo da una forte recessione. Si contano nel frattempo su scala europea 16 milioni di disoccupati. Questa cifra corrisponde ad un tasso di disoccupazione di circa l'11%. Gli intensi sforzi, intrapresi dall'Unione Europea nel reperimento di posti di lavoro danno l'idea della serietà della situazione.

La forte necessità di interventi politico-economici non può essere però soddisfatta con un maggior ricorso alla spesa pubblica. In più o meno tutti i Paesi industrializzati dell'occidente le risorse di bilancio sono già tutte vincolate. La tradizionale politica della spesa è stata sostituita da misure di rigore in parte dolorose, ma comunque inevitabili. Si discute attualmente sulla necessità di molte spese e servizi pubblici che prima erano dati per scontati. Emerge in generale una "nuova parsimonia dello Stato". Ad essa s'impronterà il futuro indirizzo della politica economica.

La crisi politica dell'Italia pesa sull'economia

La situazione economica italiana è funestata, oltre che dalle difficoltà economiche, soprattutto dalla perdurante instabilità politica. La fiducia compromessa degli investitori locali ed esteri può essere riconquistata solo eliminando le incertezze a livello politico. In stretta connessione con questa situazione va visto il problema irrisolto delle finanze pubbliche. L'andamento più che positivo delle esportazioni e il tasso d'inflazione che permane basso sono gli unici sprazzi di luce di una situazione italiana in generale deprimente.

In base ai dati attualmente disponibili, l'economia altoatesina dovrebbe superare l'attuale crisi congiunturale senza troppe difficoltà. La situazione sul mercato del lavoro si è leggermente deteriorata, ma resta pur sempre relativamente stabile rispetto al resto dell'Italia e degli altri Paesi. La perdurante debolezza della Lira ha finito per rivelarsi un vantaggio. Essa ha contribuito in modo sostanziale ad evitare che la crisi internazionale colpisse in pieno la nostra provincia.

Le nuove sfide economiche

L'impatto relativamente modesto della crisi economica internazionale a livello locale non deve però indurci ad un ozioso autocompiacimento. Dobbiamo darci da fare finché disponiamo della necessaria libertà di azione. Una strategia ben ponderata che con lungimiranza fa propri e utilizza i mutamenti fondamentali è senz'altro da preferire alla tradizionale politica dell'emergenza. Questo approccio dovrebbe costituire una tattica appropriata, anche nel caso in cui si dovessero prendere a breve termine delle misure impopolari. Tra queste rientra anche una riforma della nostra politica di promozione economica.

L'integrazione europea continua a costituire uno degli elementi più importanti per lo sviluppo a breve e a lungo termine. Gli effetti diretti del Mercato Unico sono stati finora limitati e non hanno corrisposto alle forti aspettative. Sono però in corso dei mutamenti radicali che si faranno sentire anche in Alto Adige. Non va dimenticato che con l'apertura ad est si sono messe in movimento nuove forze di rinnovamento. In fin dei conti anche l'accordo sul commercio mondiale GATT non comporterà solo vantaggi, ma farà sorgere anche dei problemi. La nostra economia, e soprattutto il nostro mercato del lavoro, deve sostenere la concorrenza di Paesi nei quali i costi di produzione sono molto più contenuti, soprattutto per il fatto che gli oneri sociali ed ecologici incidono in modo limitato.

In tale contesto i risultati finora raggiunti possono essere soltanto consolidati e potenziati se si vuole tenere il passo con l'evoluzione generale. Infatti chi resta fermo in un contesto dinamico, prima o poi viene messo da parte.

La ricerca e lo sviluppo come forza trainante

Un fattore decisivo nell'ineguaglianza delle entrate delle regioni è costituito dal diverso grado di impegno pubblico e privato nel settore della ricerca e sviluppo. Non è un caso che godano di maggiore prosperità quelle regioni che dedicano maggiori risorse a tali attività.

Il Consiglio provinciale altoatesino ha varato nell'ultima legislatura una legge che prevede la promozione mirata delle attività aziendali di ricerca e sviluppo. Questo settore strategico deve essere seguito con particolare attenzione negli anni futuri. E' necessario soprattutto garantire che le nuove idee possano

essere attuate rapidamente e senza lungaggini burocratiche. Ove vi siano restrizioni materiali, come ad esempio nell'assegnazione di terreni industriali, devono essere adottati sistemi di selezione imparziali. Deve avere la precedenza il criterio dell'economicità pur nel rispetto delle norme a tutela dell'ambiente.

La promozione delle innovazioni e del progresso tecnico ha un ruolo fondamentale, soprattutto di fronte alla nuova situazione concorrenziale. L'Alto Adige non può sostenere per molto tempo la concorrenza dei nuovi Paesi a basso costo dell'Europa dell'est nelle tradizionali attività manifatturiere. La differenza dei costi è troppo grande. Le imprese altoatesine colgono già oggi singolarmente le nuove opportunità, collocando la loro attività produttiva negli ex Paesi del blocco orientale.

La via che dobbiamo imboccare in questo contesto richiede necessariamente una maggiore specializzazione in senso lato. Gli svantaggi nelle fabbricazioni tradizionali devono essere compensati dall'ideazione di prodotti ad alto livello tecnico e qualitativo. Se gli altri sono più a buon mercato noi dobbiamo lavorare meglio. La promozione mirata della ricerca e dello sviluppo assicura la conservazione e il potenziamento del nostro vantaggio in termini di "know how". Ciò vale anche e soprattutto per il settore dei servizi così importante per noi che - soprattutto con riguardo al turismo - ha ancora un notevole potenziale di sviluppo qualitativo. Anche il settore della tecnica dell'informazione è senz'altro suscettibile di potenziamento in una provincia come l'Alto Adige che costituisce la cerniera tra la cultura e l'economia italiana e tedesca. Oltre al summenzionato sostegno delle iniziative delle aziende, l'ente pubblico può naturalmente agire in modo diretto, istituendo, ad esempio, un centro autonomo per l'innovazione imprenditoriale. Il sistema - già rivelatosi valido altrove - del polo tecnologico (BIC) costituisce una possibilità concreta che è nostra intenzione attuare in Alto Adige nella presente legislatura.

Le risorse umane chiave del successo economico

Il secondo settore strategico della futura politica economica sarà la formazione professionale. Il maggiore impegno nel settore della ricerca e sviluppo può raggiungere lo scopo desiderato solo se si dispone di adeguate risorse umane. Il progresso tecnico non è un processo astratto. Deve essere prodotto e portato avanti da uomini. Nessun Paese può godere di lunga prosperità economica senza progredire nel livello di istruzione della popolazione. Le capacità tecniche ed intellettuali dei lavoratori sono, in altri termini, un'importante premessa per uno sviluppo economico positivo.

In tempi di grandi sconvolgimenti la più grande virtù consiste nel ripensamento delle tradizioni e nell'apertura alle novità. Dobbiamo preparare i cittadini a quella flessibilità e spirito di adattamento dei quali noi stessi dobbiamo mostrarci capaci. Le agevolazioni in forma di sovvenzioni pubbliche alle imprese rischiano di restare inefficaci qualora non s'investa contemporaneamente nel settore della formazione professionale. La politica della formazione e la promozione della ricerca e sviluppo sono due facce della stessa medaglia.

Ampliamento della portata delle scelte politiche

Un'esigenza che appartiene a tutti i settori della politica economica è quella della pianificazione. Con la crescente penuria di risorse diviene sempre più importante utilizzare i mezzi a disposizione nel modo più efficiente possibile. L'incremento straordinario delle entrate della Provincia, che si è verificato fino al 1992, non si protrarrà presumibilmente negli anni futuri. La politica di rigore del governo italiano lascia presagire una contrazione di lunga durata delle risorse disponibili. Noi abbiamo tempestivamente concluso un buon accordo finanziario con lo Stato e possiamo quindi contare su entrate in gran parte sicure. Non dobbiamo però abbassare la guardia di fronte ai tentativi di attuare una politica di risparmio che non tenga conto delle esigenze particolari dell'Alto Adige o tenti di raggiungere un'equiparazione delle regioni nel campo dell'autonomia finanziaria. Certamente le nostre competenze autonome - e soprattutto il bilinguismo o il trilinguismo della vita pubblica - hanno un certo costo, tuttavia sono convinto che noi, anche in considerazione delle nostre ampie competenze, non spendiamo in definitiva troppo denaro, ma lo investiamo meglio e con maggior profitto di altri.

Tuttavia l'amministrazione pubblica dovrebbe tenere in ancora maggiore considerazione il principio dell'economicità e dedicare particolare attenzione alla pianificazione pluriennale. Anche se in futuro dovremo fare dei calcoli più accurati, non deve essere nostro obiettivo una generale riduzione delle prestazioni, ma una maggiore organizzazione dell'attività e un impiego più efficace delle risorse di bilancio. L'autonomia finanziaria della Provincia autonoma di Bolzano ci offre un'opportunità concreta che dobbiamo senz'altro sfruttare.

A breve termine l'autonomia finanziaria comporta che le entrate della Provincia dovranno dipendere dall'andamento dell'economia locale. Dovremo quindi utilizzare appropriatamente lo strumento della promozione economica per incrementare l'economia della Provincia e porre così le basi per maggiori entrate.

Impiegare meglio le risorse più scarse

Per quanto concerne la gestione finanziaria dovremo assolvere i compiti seguenti:

- Per evitare la pesante morosità dello Stato, verificatasi in passato nell'erogazione delle risorse finanziarie, che da un lato ha comportato il pagamento di pesanti interessi passivi da parte dell'amministrazione provinciale e dall'altro gravi ritardi nell'erogazione di contributi già approvati o di pagamenti, è necessario adottare un nuovo procedimento per l'erogazione delle somme a noi spettanti. All'occorrenza si dovrà emanare un'apposita norma di attuazione.
- Con l'entrata in vigore del Mercato Unico è venuto anche a mancare il gettito dell'IVA sulle importazioni (una quota fissa e variabile di circa 600 miliardi di Lire annue). E' quindi necessario - come previsto dall'accordo finanziario con lo Stato - concordare già nel primo anno della nuova legislatura dei sistemi di compensazione. Inoltre devono essere finalmente stabilite e trasferite anche le entrate tributarie di competenza della Provincia, ma che vengono rimosse al di fuori del territorio provinciale.

- Sono anche necessari dei chiarimenti con riguardo alla tendenza dello Stato a escludere completamente la Provincia da specifici progetti di promozione (Leggi settoriali).
- L'organizzazione più flessibile del bilancio provinciale, avviata già nell'ultima legislatura con la riduzione delle risorse vincolate per un lungo periodo, deve essere portata avanti. Certo il bilancio non può essere completamente rivoluzionato da un anno all'altro. Nonostante ciò dobbiamo disporre della necessaria libertà di azione per poter lavorare efficacemente senza poter ricorrere a risorse aggiuntive, anche di fronte ai sempre nuovi compiti che dovremo assolvere, ad esempio nel settore del traffico, della scuola, dell'ambiente e sociale. Nessuna spesa deve quindi essere autorizzata senza che ne venga verificata l'opportunità.

Maggiore efficienza nella promozione economica

Una promozione economica degna di questo nome deve perseguire un obiettivo formulato in modo esplicito e preciso. Dobbiamo uniformarci maggiormente al principio della trasparenza. Il concetto di promozione economica dev'essere attribuito a quelle funzioni che effettivamente vi appartengono. Non ha senso sostenere iniziative - come gli investimenti sostitutivi - che verrebbero comunque effettuati. Ma per attuare una politica della trasparenza si deve stabilire che una parte consistente delle sovvenzioni - ad esempio quelle alle piccole imprese - ha carattere sociale e si giustifica per tale ragione. Tali casi si presentano sempre quando si vuole assicurare l'approvvigionamento locale di aree depresse - anche con riguardo alle attività artigianali - oltre ai relativi posti di lavoro.

Il momento attuale pare particolarmente adatto ad una riforma della promozione economica, essendosi già diffuso un clima di cambiamento e di rigore. Anche nel quadro di un nuovo e innovativo sviluppo regionale è tuttora necessario provvedere soprattutto alla tutela e alla valorizzazione di piccole imprese di produzione e di servizi, flessibili, specializzate e relativamente autonome.

Per lo sviluppo a lungo termine della nostra economia si possono delineare due configurazioni di massima. Nel primo caso i mutamenti globali vengono più o meno ignorati, ritenendo che il mercato locale e la politica economica tradizionale seguitino a garantire uno sbocco per tutti noi. Nel secondo caso al contrario si reagisce alle mutate condizioni operative nella convinzione che le nuove sfide richiedano nuove risposte e nuovi metodi.

Dovrebbe essere abbastanza chiaro che le conseguenze nella prima ipotesi non sarebbero molto piacevoli. Anche se ci riuscisse di mantenere gli attuali standard, verremmo presto messi in disparte. Tutti riconoscono che l'autonomia altoatesina ha goduto per lungo tempo di una condizione relativamente tutelata. Nel frattempo la situazione economica generale si è tuttavia notevolmente modificata e noi siamo assai più esposti alle tendenze internazionali di quanto fossimo prima. Mentre tutto intorno a noi si muove a crescente velocità, noi non possiamo segnare il passo.

Se riuscissimo a sfruttare meglio le sinergie tra i vari settori economici, ad esempio tra l'agricoltura di montagna e il turismo, e a favorire le competenze

imprenditoriali e le scelte innovative soprattutto dei giovani, il futuro dell'Alto Adige potrebbe indurre alla speranza e alla fiducia anche in tempi difficili.

Coinvolgimento della popolazione nelle strategie di sviluppo e di assetto del territorio

Già in fase di elaborazione della proposta per il LEROP si è cercato di promuovere un'informazione e sensibilizzazione possibilmente ampia, attraverso la consultazione dei Comuni e di numerose rappresentanze di categoria.

Questo modo di procedere deve essere ulteriormente perfezionato.

Abbiamo bisogno di una pianificazione flessibile, ma coerente con i cui scopi e misure la popolazione possa identificarsi. Tale pianificazione deve prevalere, quando nel caso singolo associazioni di categoria o comitati civici non vogliono ammettere che, nonostante gli interessi in contrasto, vada trovato in definitiva un minimo comune denominatore per il bene della comunità.

Per quanto concerne i criteri generali che devono guidare il futuro sviluppo dell'Alto Adige, essi sono stati già discussi esaurientemente in occasione del dibattito sulla proposta di LEROP. Non è il caso di metterli in discussione dopo poche settimane, specialmente con riguardo ai principi urbanistici e di tutela dell'ambiente.

- Dobbiamo tuttavia concentrare i nostri sforzi, in misura ancora maggiore, su misure importanti, dalle quali ci aspettiamo un effetto duraturo.
- Gli obiettivi strategici e le priorità devono dunque essere affermati con più chiarezza che in passato in ogni tipo di pianificazione futura.

E' quindi necessario riesaminare il più rapidamente possibile i piani di sviluppo, adeguandoli alle mutate circostanze e soprattutto al LEROP e ai suoi piani di settore. Ci si renderà allora conto della necessità di attuare interventi particolari nelle zone depresse, che possano essere finanziati, tra l'altro, anche con i programmi di promozione della CEE. Una cornice adatta è costituita in questo senso anche dal programma di sei anni - in fase di elaborazione - dedicato alle zone rurali 5b.

I singoli comparti (14 in tutto) per i quali sono previsti piani di settore devono essere adeguati agli obiettivi e ai principi del LEROP. La pianificazione per lo sviluppo provinciale dovrà quindi essere uno strumento della massima ampiezza, tale da consentire un coordinamento su scala provinciale. E' chiaro però che il LEROP è un documento a carattere programmatico. Inoltre la ragionevolezza impone di tracciare in un piano di sviluppo solo la cornice generale che fa da sfondo allo sviluppo economico. Il termine "generale" non preclude però la definizione di indirizzi precisi ed immediatamente concretizzabili. Una pianificazione ragionevole ed efficace non può mai indicare la via dello sviluppo economico nei minimi dettagli. Essa si limita - nel rispetto delle prescrizioni regionali ed sovraregionali - a stabilire le priorità al momento giusto e al posto giusto. Il LEROP localizza, accentua e dirige lo sviluppo, cercando di assicurarli un andamento possibilmente equilibrato. Questo richiede un atteggiamento lungimirante e non reattivo. E' decisiva anche la collaborazione dei Comuni, che sono tenuti assieme alla Giunta provinciale ad adoperarsi per la realizzazione degli obiettivi prefissi e ad adottare anche misure autonome. Lo sviluppo

provinciale dovrà fare propri anche molti obiettivi del programma di coalizione dell'XIa legislatura, come ad esempio la valorizzazione di Bolzano come polo economico, il miglioramento dell'agricoltura montana, la promozione del settore dei servizi e la privatizzazione di aziende pubbliche.

Sono stati già elaborati molti dei 14 piani di settore previsti, altri sono in fase di redazione. Il Piano provinciale dei trasporti e della viabilità prevede, oltre a vari interventi strutturali, soprattutto la grande sfida costituita dalla riorganizzazione dei servizi per il trasporto pubblico. Per realizzare questo obiettivo la Giunta provinciale è disposta a stanziare delle risorse per i necessari investimenti. Il Piano provinciale dell'energia si pone come obiettivo prioritario la razionalizzazione dei consumi, lo sviluppo dell'approvvigionamento di gas e un piano di utilizzazione delle risorse idriche. La politica energetica provinciale dovrà assicurare un approvvigionamento a lungo termine mediante un uso mirato delle risorse disponibili e l'impiego di fonti alternative di energia, contenendo l'impatto ambientale della produzione e del consumo energetico. Deve essere realizzata la partecipazione alle grandi derivazioni idroelettriche e la regolamentazione della distribuzione energetica.

Con riguardo al Piano provinciale delle strutture sportive dovrà essere attuata una distribuzione uniforme delle strutture. A mio avviso è fuori discussione il fatto che la proposta presentata debba essere rielaborata e che si possa rinunciare, in toto o in parte, ad alcune delle strutture previste.

Il Piano sanitario provinciale e il Piano sociale provinciale prevedono soprattutto un potenziamento dei servizi decentrati, degli interventi preventivi e dell'informazione della popolazione, attribuendo particolare attenzione alle esigenze dei lungodegenti, degli emarginati e dei malati psichici. Altri importanti piani di settore - sui quali non desidero soffermarmi in questa parte della mia relazione - sono costituiti dal Piano provinciale della cultura e dal Piano provinciale dell'ambiente.

Lo sviluppo degli insediamenti urbani costituisce infine un aspetto fondamentale del LEROP. Dato che in Alto Adige negli anni di alta congiuntura economica si è avuta spesso un'edificazione selvaggia che si è in parte sovrapposta al tradizionale paesaggio agricolo, rimasto pressoché invariato per secoli, è assolutamente necessaria un'armonizzazione tra le esigenze paesaggistiche e quelle urbanistiche. L'edilizia abitativa continuerà ad essere agevolata su tutto il territorio provinciale, tenendo conto anche delle necessità abitative del ceto medio.

Non aumentare la produttività a spese della natura

La crescita economica non deve avvenire a spese delle risorse naturali. Un ambiente incontaminato è di per sé un bene irrinunciabile che non può essere scambiato con un reddito più alto. La domanda che emerge necessariamente in questo contesto è la seguente: "Come possiamo conciliare il necessario progresso economico con le esigenze dell'ecologia?"

Finora si è cercato di risolvere il problema dell'inquinamento soprattutto con prescrizioni, divieti ed altri strumenti amministrativi.

Un'alternativa ragionevole potrebbe essere costituita dalla sostituzione dei divieti e delle prescrizioni con incentivi economici. In tale contesto un incen-

tivo economico consiste nel rendere redditizia una produzione compatibile con l'ambiente. Il vantaggio rispetto alle prescrizioni amministrative è evidente. I progetti imprenditoriali non vengono classificati categoricamente come ecologici o inquinanti. L'incentivo economico fa sì che i processi di produzione compatibili con l'ambiente siano più convenienti di quelli inquinanti. Chi vuole rimanere sul mercato deve adottare misure adeguate, traendo il massimo profitto microeconomico dagli investimenti autoritativamente prescritti.

L'attuazione concreta di incentivi economici in campo ecologico presenta chiaramente una serie di problemi. Va tenuto conto soprattutto del principio affermato con riferimento alla promozione economica e cioè che interventi isolati pregiudicherebbero la competitività delle nostre aziende. Per il più lungo periodo però dovremo prepararci ai cambiamenti che si verificheranno in questo settore.

Un ambiente sano è un bene collettivo di proprietà di tutta l'umanità. E' quindi una grande sfida per noi tutti - e soprattutto per la politica - cercare delle soluzioni che consentano di conservare una natura intatta. Tutelando l'ambiente si protegge anche l'uomo. E' nostro obiettivo garantire uno sviluppo duraturo dell'Alto Adige alla soglia del prossimo millennio. E' una responsabilità nei confronti della nostra popolazione, ma anche delle future generazioni. La garanzia di un'alta qualità della vita in un ambiente pulito e la conservazione dell'Alto Adige come centro ricreativo a contatto con la natura nel cuore delle Alpi devono essere al centro del nostro interesse. A tale scopo è necessario un approccio globale a tutti i livelli, dato che la politica ambientale non può restare solo una sfida a carattere tecnico. Per rimanere al passo con i tempi essa deve essere vista in un'ottica molto più vasta.

Ecologia significa soprattutto prevenzione

Nei prossimi cinque anni dovremo quindi creare le basi di una politica di prevenzione orientata in senso ecologico. L'inquinamento deve essere combattuto soprattutto alla fonte, nelle strutture sociali e non da ultimo nel comportamento di ogni individuo. I tentativi intrapresi, ad esempio nel settore dello smaltimento dei rifiuti e delle acque di scarico, dovranno essere perfezionati e all'occorrenza potenziati. Si dovrà dedicare contestualmente la massima attenzione alla prevenzione. Una politica lungimirante di prevenzione ecologica antepone lo esaurimento di tutte le misure di riduzione e di riciclaggio dei rifiuti, al ricorso a sistemi non inquinanti per il loro trattamento e deposito in discarica. La politica energetica provinciale si propone per il futuro la promozione di misure di risparmio energetico e il ricorso a fonti rinnovabili di energia, potenziando a questo scopo la necessaria consulenza energetica.

Le norme di legge e la promozione di tecnologie poco inquinanti costituiscono i presupposti essenziali per una tutela dell'ambiente valida ed efficace. L'introduzione di una valutazione dell'impatto ambientale adeguata alla situazione locale e l'esame della politica delle sovvenzioni secondo criteri ecologici e sociali devono costituire le nostre linee guida. Viene creata ed introdotta in tal modo una nuova cultura e una nuova democrazia della pianificazione che contempererà le esigenze ecologiche a quelle sociali.

Il varo di una nuova legge a tutela della natura e del paesaggio con norme ecologiche più severe costituirà una delle priorità di questa legislatura. I rilevamenti faunistici e dell'habitat naturale dovranno documentare lo stato del paesaggio, della popolazione animale e dei vegetali.

La promozione della ricerca e della sensibilizzazione ecologica, nonché la consulenza e l'informazione ecologica dovranno essere più che mai al centro dell'attenzione. La consapevolezza della necessità di proteggere l'ambiente dovrà condizionare maggiormente tutte le decisioni e quindi assurgere a concetto sovraordinato. Ogni istituzione e ogni persona è quindi invitata a dare il proprio contributo per organizzare in senso ecologico il proprio settore di attività.

Un aspetto essenziale di questa tutela preventiva dell'ambiente è costituito, tra l'altro, da un'equa applicazione del principio, secondo cui gli autori degli inquinamenti devono provvedere alla rimozione dei danni da loro prodotti. Viene così fatto appello all'etica di ogni individuo, trasferendo però sui responsabili dei danni ambientali anche l'onere economico delle loro azioni. Deve essere fatto capire chiaramente a tutti i cittadini che l'habitat in cui viviamo e le sue risorse costituiscono un bene insostituibile che può essere conservato solo se noi tutti dimostriamo un maggiore senso di responsabilità. La Giunta provinciale si propone di predisporre - con l'introduzione di un riscontro puntuale dei costi - uno strumento efficace per l'attuazione di questo principio.

No a nuove vie di transito - Sì a una rete ben funzionante per il traffico locale

La qualità della vita della nostra provincia è strettamente legata al superamento dei problemi di traffico.

La nostra provincia è attraversata da una delle principali arterie di traffico che collegano il nord e il sud dell'Europa. Essa garantisce un ottimale inserimento nell'economia europea, pur costituendo contemporaneamente una grossa fonte d'inquinamento per la nostra provincia. Un'altra via di transito da sud a nord o da est a ovest costituirebbe una seria minaccia per il delicato equilibrio ecologico altoatesino. Per questo ci siamo opposti alla costruzione dell'autostrada A-lemagna e quindi a una nuova arteria di transito. Unendo le nostre forze siamo riusciti ad ottenere a livello italiano ed europeo la rinuncia a questo progetto. Tuttavia dovremo vigilare anche in futuro per soffocare sul nascere ogni tentativo in questa direzione. Mi adopererò personalmente e con grande determinazione, affinché né Roma né Bruxelles ripropongano in qualsiasi forma questa iniziativa.

Non ci opporremo però per principio ad ogni miglioramento delle vie di comunicazione europee. Ogni politica dei trasporti deve porsi come obiettivo il coordinamento del traffico e la riduzione del suo impatto ambientale. In un'ottica ecologica il prevedibile aumento dei traffici potrà essere assorbito solo con il suo sistematico trasferimento dal trasporto su gomma a quello su rotaia. A questo può contribuire la costruzione del tunnel di base del Brennero. Noi appoggeremo però la realizzazione di questo progetto solo quando ne sarà stata dimostrata la compatibilità ecologica sia con riguardo alla sua costruzione che con riguardo alla sua gestione, e quando si avrà la certezza che gli oneri connessi a

questa impresa comportino un miglioramento dell'attuale situazione ecologica e siano sostenibili per le popolazioni interessate. L'obiettivo finale deve essere comunque costituito dal trasferimento del traffico sulle rotaie e non dal suo aumento.

Anche il traffico locale costituisce a mio avviso una priorità. In questo settore deve essere garantito un efficiente collegamento con i centri urbani, soprattutto alla popolazione delle zone orientali ed occidentali della provincia. La Provincia continuerà a portare avanti la conversione delle strade dell'ANAS in strade provinciali. Le strade dell'ANAS attraverso la Val Pusteria e la Val Venosta dovranno essere potenziate in modo compatibile con l'ambiente e prevedere delle circonvallazioni intorno ai paesi. Anche i problemi di traffico nell'area di Bolzano-Oltradige-Bassa-Atesina dovranno essere riesaminati ed efficacemente risolti. La linea ferroviaria Merano-Malles dovrà essere potenziata, provvedendo contestualmente alla gestione comune della linea Bolzano-Malles. Nell'ambito del trasporto merci dovranno essere allestite le necessarie strutture per il trasporto combinato strada-rotaia. In questo contesto nutro grosse speranze nella recente nomina del nuovo direttore delle Ferrovie che consentirà alla situazione altoatesina di prendere una nuova piega. L'amministrazione provinciale ha trovato in lui un vero interlocutore per discutere le numerose questioni emergenti proprio nel settore ferroviario: il tema del personale, il coordinamento tra gli orari dei treni e dei bus, le fermate, l'equipaggiamento tecnico - solo per citare degli esempi. Intendiamo risolvere questi problemi in uno spirito di fattiva collaborazione per il bene dei cittadini della nostra provincia. Se riusciremo in questo intento saremo anche disposti ad investire in questo settore le risorse necessarie.

Bolzano capoluogo e autonomia comunale

Anche nella prossima legislatura seguirò con grande attenzione e disponibilità le esigenze e le necessità di Bolzano e mi adopererò in stretta collaborazione con l'amministrazione comunale per la soluzione dei suoi problemi vari e complessi problemi. Una politica provinciale equilibrata in settori chiave come i trasporti, le scuole, i centri culturali e di ricerca, l'edilizia, gli impianti di smaltimento e l'assetto del territorio è difficile da concepire, senza tenere conto delle particolari esigenze del capoluogo di provincia e del suo ruolo a livello provinciale.

La commissione permanente - prevista dal programma di coalizione - tra l'amministrazione statale e l'amministrazione provinciale contribuirà certamente alla discussione e alla soluzione degli eventuali problemi emergenti. Con riguardo al finanziamento dei Comuni, abbiamo discusso esaurientemente nei colloqui di coalizione il tema di un adeguato finanziamento dei Comuni e delle Comunità comprensoriali da parte della Provincia, impegnandoci a varare nuove direttive assieme ai parametri annessi al bilancio provinciale. Verrà inoltre portato avanti il trasferimento di nuove competenze provinciali ai Comuni, in modo da favorire con il decentramento un contatto ancora più diretto con i cittadini. Secondo un concetto anche sostanziale di democrazia, abbiamo assunto nell'ambito del programma di coalizione l'obbligo di consultare i Comuni prima

del varo delle leggi e di atti amministrativi di carattere generale che li riguardano.

Un problema sentito non solo nel capoluogo, ma anche in tutta la provincia, è quello della casa. La nostra politica di promozione edilizia non è certo priva di efficacia, anche al confronto con gli interventi di regioni simili alla nostra. Nonostante ciò si riscontrano delle carenze che speriamo di eliminare, anche con un miglioramento della legislazione vigente, e soprattutto con un maggiore sfruttamento e risanamento degli edifici esistenti.

Cultura e istruzione - fonte di dialogo e di nuove conoscenze

Anche nell'ambito della cultura e dell'istruzione sarà necessario garantire una continuità operativa, portando avanti le iniziative già avviate e dando nuovi impulsi. La cultura e l'istruzione permettono il dialogo e la diffusione di nuove conoscenze.

Il dialogo costituisce un ponte tra il passato e il futuro. E' importante saper conoscere, trasmettere e sfruttare il nostro patrimonio storico. Ne deriva in concreto il compito di conservare e ridare splendore ai nostri beni culturali, sia che si tratti di opere d'arte che di ricchezze della natura, di documenti, di toponimi, di architettura religiosa o laica. Va inoltre rivalutato il ruolo dei musei provinciali, approfondendo la conoscenza della storia con l'intensificazione dello studio del passato.

La cultura significa dialogo anche tra i gruppi etnici che vivono in provincia, tra i gruppi sociali, tra i singoli cittadini, tra le varie professioni, le rappresentanze di categoria, le minoranze di ogni genere, un dialogo con e nei mass media, tra l'amministrazione e i singoli cittadini, ecc.

Posso assicurarVi il nostro massimo interessamento anche per il settore della cultura. Desidero menzionare innanzitutto l'impegno degli assessorati alla cultura, diretto a promuovere l'affermazione degli interessi e il dialogo tra i gruppi etnici presenti in provincia. Già il fatto di disporre di più assessorati che - fondati sullo stesso strumento legislativo e su comuni programmi di base - sono dotati di un'amministrazione autonoma, ci permette di tenere meglio conto dell'ineguale distribuzione della popolazione dei vari gruppi etnici sul territorio provinciale, delle diverse tradizioni storiche, nonché in generale della tutela della varietà delle culture. In questo contesto va anche visto l'intendimento della Giunta provinciale di tenere conto nella ripartizione delle risorse, oltre che della proporzionale, anche in generale delle esigenze concrete dei gruppi etnici provinciali.

Desidero menzionare inoltre la promozione del bilinguismo e del plurilinguismo. Questo non avviene solo con appropriate misure di politica scolastica - sulla quale ritornerò nel proseguo - bensì anche con l'aggiornamento, nonché con borse di studio per soggiorni linguistici.

La promozione della cultura si traduce infine anche nell'incentivazione delle iniziative culturali di associazioni, circoli ed altre organizzazioni. Questo sistema di promozione è ispirato alla sussidiarietà e al pluralismo delle opinioni e dei punti di vista.

Niente è meglio dell'iniziativa personale

Le attività culturali basate sul volontariato continueranno ad avvalersi del nostro massimo appoggio. La cultura si esprime anche nel dialogo dei nostri cittadini e della nostra provincia con l'esterno. Proprio nell'era in cui sta formandosi l'Europa, in un'era di crescente mobilità professionale, in un'era di globalizzazione di molti problemi - come la disoccupazione e le migrazioni dei popoli - tale dialogo acquista particolare importanza. Esso si esplica in vario modo:

- negli sforzi per realizzare una Regione Europea del Tirolo;
- negli stretti contatti con i Paesi vicini, in particolare con quelli appartenenti all'ARGE-ALP;
- nell'impegno ad assegnare borse di studio anche a studenti che frequentino università esterne all'area di lingua italiana e tedesca;
- nella particolare incentivazione della conoscenza delle lingue straniere.

Nel campo dell'istruzione sono state poste, già nell'ultima legislatura, le premesse per estendere l'offerta formativa oltre alla scuola superiore. Intendiamo proseguire su questa strada. Con la sua partecipazione all'Accademia Europea di Bolzano la Giunta provinciale garantisce il potenziamento e lo sviluppo delle attività a livello postuniversitario.

Va detto in generale che l'ottenimento della potestà legislativa primaria per l'intero settore formativo - e mi riferisco soprattutto alla scuola - costituisce il principale obiettivo politico in questo settore per i prossimi anni. Il processo di avvicinamento della scuola alla Provincia deve essere portato avanti nel convincimento che una politica formativa effettivamente autonoma, coordinata, qualificata, corrispondente alle necessità locali, che tenga conto delle esigenze degli interessati, e non accentrata, è possibile solo se tutte le competenze in materia scolastica sono nelle mani della Provincia.

E' necessario migliorare la qualificazione dell'intero settore dell'aggiornamento professionale. La Giunta provinciale si adopererà nell'ambito delle sue possibilità, per un maggiore coordinamento e una maggiore diversificazione dei formatori e per rendere l'offerta formativa ancora più efficiente e mirata. L'Accademia Europea di Bolzano e le istituende strutture universitarie si vedranno riconoscere - nell'ambito del possibile e valutando le situazioni caso per caso - delle funzioni di assistenza scientifica e di consulenza.

L'Università - un investimento nel futuro

L'istituzione di strutture universitarie in Alto Adige costituirà uno dei progetti strategicamente più importanti della prossima legislatura. A prescindere dalle decisioni sui pro e i contro, permangono in questo contesto tutta una serie di ostacoli finanziari, politici e giuridici.

La questione se potenziare o meno verso l'alto il nostro efficiente sistema formativo in senso universitario è innanzitutto legata alla riforma dell'Università italiana. Con essa l'Italia si è messa sulla strada della riforma della formazione post-secondaria in sintonia con le direttive comunitarie.

Il corso di laurea completo per gli insegnanti della scuola elementare, la specializzazione post-universitaria degli insegnanti delle scuole medie, nonché le lauree brevi per quasi tutte le professioni, finora accessibili con il diploma di

maturità, costituiscono per l'Alto Adige con il suo sistema organico di istituti professionali una grossa innovazione.

L'Alto Adige che rivendica un'autonomia politica, ma anche economica, sociale e culturale deve raccogliere consapevolmente le sfide dei nostri tempi e lo può fare solo disponendo, anche nel campo della ricerca e dell'aggiornamento, delle necessarie strutture a tutti i livelli. Questa necessità si è rivelata negli ultimi tempi un requisito essenziale per la partecipazione a pari livello a progetti del massimo interesse della Comunità Europea.

E' certo che una struttura universitaria provinciale debba innanzitutto fondarsi sui punti di forza dell'Alto Adige per poter assumere un profilo caratteristico. Le maggiori opportunità sono costituite da un mercato indirizzo internazionalista, possibilmente nell'ambito di un'organizzazione didattica che preveda semestri obbligatori in università gemellate.

Va detto però con la massima chiarezza:

- che una struttura universitaria altoatesina che conferisca le cosiddette "lauree brevi" potrebbe agevolare l'accesso dei nostri studenti a un regolare corso di laurea;
- ma che essa non ha in linea di massima l'obiettivo di sostituire l'attuale presenza di cittadini altoatesini nelle università di fuori provincia.

L'università altoatesina costituirà quindi una struttura aggiuntiva la cui offerta formativa dovrà essere concordata con le università vicine e particolarmente con la nostra università provinciale di Innsbruck.

Non dovrà essere fondata in Alto Adige una "universitas" con tutte le facoltà. Dovranno essere previsti solo pochi corsi di laurea, corrispondenti alla particolare situazione locale: come ad esempio lingue, diritto internazionale, diritto delle minoranze, ecologia alpina o indirizzi analoghi.

Un ambiente sano - un'esigenza comune

L'Alto Adige dispone di un sistema sanitario esemplare secondo l'opinione concorde di vari esperti. Non è un caso che persino l'Organizzazione Mondiale della Sanità s'interessi alle nostre ottime strutture assistenziali. E' quindi nostro intendimento continuare a costruire coerentemente nella XIa legislatura sui risultati già raggiunti anche in questo settore fondamentale dell'amministrazione. In modo che la nostra popolazione possa continuare a godere della massima salute, grazie ad un'offerta sanitaria sempre migliore, le risorse finanziarie della sanità dovranno essere impiegate in modo ancora più mirato, anche in considerazione della costante evoluzione delle prestazioni erogate. Continueremo quindi a muoverci nella direzione scelta, impegnandoci in favore di un migliore collegamento tra le strutture decentrate, attualmente in fase di allestimento, e i nostri moderni centri ospedalieri.

In questo spirito noi

- intendiamo promuovere, con un rapido potenziamento dell'attività dei distretti, l'assistenza di base sul territorio;

- contribuire con una pianificazione lineare e flessibile delle esigenze ad assicurare che la nostra offerta ospedaliera non determini né costose strutture in esubero né carenze assistenziali;
- assegnare un ruolo ancora maggiore alla prevenzione e alla riabilitazione, all'educazione e all'istruzione sanitaria.

Questo non significa che i servizi pubblici in questo campo debbano essere particolarmente ridimensionati, bensì che ognuno di noi debba prendersi maggiore cura della propria salute.

Insieme invece che soli

Oltre a questa sempre più importante responsabilità per la propria salute, per ambienti di vita e di lavoro sani, sarà necessario in futuro il coinvolgimento responsabile dei nostri cittadini di fronte ai grandi problemi sociali del nostro tempo. Ciò vale soprattutto per l'assistenza agli anziani.

Dobbiamo richiamarci al principio secondo cui gli anziani dell'Alto Adige debbono poter mantenere il più a lungo possibile la loro individualità e la loro indipendenza. Tanto nella politica sociale e familiare, quanto nella politica della casa e dei trasporti, dobbiamo fare in modo che i nostri cittadini più anziani possano restare nell'ambiente a loro familiare il più a lungo possibile. Questo è possibile soltanto se assicuriamo la loro autosufficienza sul posto e li aiutiamo ad aiutarsi con adeguati centri di assistenza e sostenendo il modo appropriato la famiglia. Il distretto rappresenta la giusta soluzione al momento giusto. Questo vale sia per l'istituzione e la gestione delle case di riposo e dei club per gli anziani che per l'allestimento capillare di infrastrutture per i lungodegenti; va realizzata a tale proposito la proporzione di 5,0 posti letto per 1000 abitanti.

Così come sono convinto che la nostra politica per gli anziani non debba essere sostituita dagli interventi a favore di tutti gli altri gruppi sociali, sono altresì fermamente convinto che il numero sempre crescente degli anziani rappresenti un capitale umano di grande entità. Spesso gli anziani escono dal mondo del lavoro ancora nel pieno delle forze e dispongono spesso di 20, 30 o più anni di vita attiva, nei quali le loro esperienze e conoscenze rimangono inutilizzate. Dovremo quindi darci molto da fare, con proposte, incoraggiamenti e iniziative, affinché la società possa beneficiare di questo prezioso patrimonio di esperienze e gli anziani abbiano una vita più piena.

Il mezzo più appropriato a tale scopo consiste nell'aumentare le possibilità di contatto tra le generazioni, rafforzando la solidarietà tra le varie classi di età. E come noi dovremo in futuro formulare la nostra politica a favore degli anziani con gli anziani, i nostri doveri etico-sociali ci impongono di aiutare il nostro prossimo che si trova nell'indigenza, che ha dei problemi per tirare avanti o è portatore di handicap con una politica solidale e concertata. L'ente pubblico può essere di sostegno nel raggiungimento di tali obiettivi. Se però volesse prendere su di sé l'intera responsabilità, si troverebbe fin dal principio a sostenere un peso eccessivo, mettendo in pericolo il bene comune.

Quindi mi sta a cuore che nella politica sociale valga il seguente principio: precedenza al senso civico. Il suo dispiegamento autonomo nell'ambito di associazioni e centri sociali, opere di carità, iniziative di beneficenza e assistenza

immediata del tutto indipendente e spontanea, come le iniziative di emergenza e ai vicini in difficoltà, hanno una lunga tradizione nella nostra provincia. La nuova Giunta provinciale si adopererà per assicurare ad esse un futuro altrettanto proficuo.

Dare il buon esempio ai giovani

La promozione del lavoro giovanile rimane il migliore investimento per il futuro. La politica per la gioventù è quindi un compito che abbraccia tutti i settori della nostra attività. La sfiducia nella politica ha colpito più i giovani delle altre classi di età. Tanto più dobbiamo farci interpreti dei valori che la nostra democrazia rappresenta: franchezza, tolleranza e solidarietà. In mancanza di validi esempi la nostra gioventù corre il pericolo di volgersi sempre più verso l'estremismo politico. Abbiamo bisogno di giovani che partecipino alla futura costruzione della nostra società. Abbiamo bisogno di giovani che si oppongano alla paura, all'aggressione e allo sconforto, che si impegnino nei grandi compiti del futuro (scuola, lavoro, ambiente, pace, ecc.) da noi, in Europa e ovunque. Ciò significa che prendiamo in seria considerazione le esigenze, gli interessi e le necessità dell'infanzia e della gioventù, rendendola partecipe all'organizzazione democratica. Ciò significa però anche che dobbiamo illustrare ai giovani il valore e il senso della vita, dando un esempio credibile con le nostre parole, con le nostre azioni e con il nostro modo di essere.

In questi settori, nella nostra opera a favore dei giovani, degli indigenti, degli anziani veniamo giudicati più che mai secondo le nostre azioni. Le sfide che ci si prospettano per i prossimi cinque anni nella politica sociale saranno:

- la tutela della famiglia come cellula della comunità umana;
- la valorizzazione del ruolo della donna nella società altoatesina;
- il sostegno e la fiducia ai giovani;
- la sicurezza agli anziani e ai malati di non essere abbandonati;
- l'attiva solidarietà per coloro che vivono al margine della nostra società, compresi coloro che vivono nel terzo mondo o che ne provengono.

Lo scopo della nostra cooperazione allo sviluppo con i Paesi del terzo mondo sarà - nell'ambito delle nostre possibilità - la promozione dell'autoassistenza. In questo contesto riteniamo particolarmente utile dare ai cittadini di questi Paesi, che lavorano e vivono da noi, una formazione professionale, facilitando così il loro ritorno in patria. Infatti anche la migliore accoglienza di tali cittadini tra noi non può sostituire la loro patria. Per vanificare tempestivamente vane speranze e pericolosi insediamenti incontrollati, dovranno essere allestiti i necessari centri di consulenza con le relative strutture sociali di emergenza.

Il ruolo fondamentale dell'amministrazione

Desidero ricordare che, già nella mia dichiarazione programmatica di cinque anni fa, ho attribuito all'amministrazione un valore particolare. Desidero ribadire in questa sede tali affermazioni e indirizzi, nonché gli obiettivi e le misure che sono state emanate dalla Giunta provinciale l'anno scorso con il LEROP (Piano provinciale di sviluppo e coordinamento territoriale) - Obiettivo 2000 sul tema della "Pubblica amministrazione".

Sono stati intrapresi passi importanti per il raggiungimento di tale scopo soprattutto con il riordino degli organi direttivi, che garantisce anche una maggiore trasparenza nella struttura amministrativa.

Teniamo comunque presente che una riforma dell'amministrazione è un processo lungo che ha vari gradini, ma non ha un termine. La riforma dell'amministrazione è per me un compito permanente. Perciò la Giunta provinciale considera la verifica continua dell'amministrazione in rapporto alla sua disponibilità a soddisfare le esigenze dei cittadini, all'efficienza, all'economicità e al continuo adattamento all'evoluzione delle strutture sociali, tecniche, economiche ed ecologiche una necessità permanente. Le esigenze di correttezza, di rettitudine e di trasparenza dell'amministrazione assumono in tale quadro un particolare valore.

Amministrazione significa servizio dei cittadini

Innanzitutto bisogna chiedersi quale amministrazione desidera il cittadino. Il cittadino si aspetta dall'amministrazione un comportamento coerente nell'esercizio del suo potere di supremazia, qualora si tratti di diritti fondamentali, come la sicurezza, la conservazione delle risorse naturali, la giustizia e la parità di trattamento dei cittadini.

L'amministrazione è però invitata ad attivarsi maggiormente nel settore sociale e dei servizi.

Il cittadino si aspetta che l'amministrazione reagisca in modo flessibile e rapido alle nuove esigenze, determinate dai nuovi sviluppi economici e sociali.

Il modello di riferimento è un'amministrazione pubblica che provvede per il futuro e affronta i problemi emergenti con lungimiranza, e non un'amministrazione che nel porre rimedio ai propri errori perde il passo con i tempi.

Infine il cittadino si aspetta dall'amministrazione pubblica che essa continui a discostarsi da una concezione autoritaria verso una maggiore collaborazione con il cittadino ed una maggiore partecipazione del cittadino, non da ultimo per contrastare il sorgere di un certo scontento nei confronti della politica.

Per raggiungere tali scopi vogliamo adottare tra l'altro le seguenti misure:

- I procedimenti amministrativi devono essere notevolmente semplificati, accelerati e resi più efficaci. Ciò significa anche che ci si deve distanziare da un eccessivo perfezionismo a favore di un controllo selettivo dei risultati.
A tale proposito abbiamo già introdotto un'innovazione. Già da quest'anno verrà abolito il controllo preventivo della Corte dei Conti. Va detto che il "controllo" - che rientra in fondo nei compiti gestionali - può essere effettuato in modo efficace all'interno per garantire un comportamento responsabile e corretto.
- Ai fini della semplificazione del procedimento amministrativo contribuisce anche il maggiore ricorso a organi individuali al posto degli organi collegiali. Questo consente certamente di accelerare il procedimento, aumentando il senso di responsabilità personale dell'organo deliberante.

- E' necessario arginare la pleora di nuove leggi. La deregulation non deve rimanere una parola vuota. Con queste parole mi rivolgo direttamente a Voi, Signori e Signore. Compito principale di ogni Consiglio provinciale è quello di emanare nuove leggi. Le nuove leggi significano inevitabilmente nuove prescrizioni e nuove e aggiuntive imposte. Non vi è nessuna legge che non comporti costi aggiuntivi e nuove norme: altrimenti non avrebbe ragione di essere. D'altra parte non si può concepire un Consiglio provinciale che non emani nuove leggi. Per tale ragione - anche perché la deregulation mi sta molto a cuore - propongo che ogni nuova legge - qualora sia possibile
 - a) abroghi una legge precedente sulla stessa materia;
 - b) delinei l'iter amministrativo nel rapporto accompagnatorio e stabilisca con precisione i costi amministrativi e di attuazione;
 - c) faccia una stima realistica delle spese annue complessive o degli oneri di bilancio per i prossimi dieci anni.

La consulenza in materia amministrativa deve essere migliorata, ad esempio con informazioni intersettoriali da parte degli uffici competenti, con l'assistenza nella presentazione delle domande, con il miglioramento dei servizi, eventualmente con la previsione di orari di ricevimento e di servizi decentrati in tutta la provincia. E' inoltre importante accrescere il consenso nei confronti delle decisioni amministrative, sollecitando il dialogo e la comprensione dei cittadini. Va inoltre intrapreso ogni possibile sforzo per realizzare una concentrazione logistica dei servizi in modo da facilitare le cose al cittadino e di aumentare l'efficienza della pubblica amministrazione.

L'economicità dell'amministrazione non deve restare un concetto astratto

Deve essere nostro obiettivo procedere ad un rilevamento possibilmente completo dei costi dell'amministrazione e garantirne la trasparenza in modo da responsabilizzare sia i cittadini che l'amministrazione in questo senso.

Al fine di poter ridurre effettivamente al minimo le spese amministrative, esse devono essere prospettate fin dall'inizio con trasparenza. L'impiego di metodi e di strumenti economico-aziendali, secondo le regole della moderna contabilità, il controlling, l'analisi dei valori, devono consentire un'identificazione dei punti di deboli e dei centri di costo superflui, nonché garantire una gestione ottimale delle attività e un efficace controllo dei risultati.

In stretta connessione con queste esigenze va vista la gestione del bilancio della Provincia che deve essere assolutamente ripensata e dove possono essere attuati i maggiori risparmi. Grazie al fatto che in linea di massima, in fase di approntamento del bilancio di previsione tutti i capitoli di spesa vengono rielaborati ex novo e che ogni impegno di spesa deve essere concretamente giustificato, si evita il reinserimento automatico di spese superflue e si agevola la fissazione delle priorità.

Un altro importante fattore di costo è costituito dal personale. E' vero che solo l'11,3% delle spese di bilancio vengono assorbite dal personale (contrariamente a quanto avviene ad esempio in Baviera, ove tale percentuale è del 42%), ma anche senza potenziare gli organici, tali spese sono destinate ad aumentare. Nei prossimi tempi l'amministrazione provinciale dovrà sicuramente

assumere nuove funzioni (gestione delle strade statali, competenze in campo sociale). Dovremmo però fare il possibile per non aumentare l' organico attuale. Verrà effettuato a questo scopo un rilevamento e una pianificazione del fabbisogno di personale in tutti i settori dell'amministrazione per accertare ed eliminare sia gli esuberanti che le carenze di personale. I tagli di organico sono però quasi irrealizzabili, dato che richiederebbero contestualmente una riduzione delle funzioni e dei servizi erogati dalla Provincia. Non si può infatti pretendere dall'amministrazione che si faccia carico di competenze sempre più vaste, che si addossi tutti gli oneri sociali, che intervenga ovunque vi siano delle situazioni di emergenza e diventi sempre più efficiente, riducendo contemporaneamente il personale.

In questo contesto desidero formulare alcune considerazioni concrete:

- l'orario lavorativo settimanale dei funzionari dovrebbe venire adeguato agli standard europei;
- gli aumenti della retribuzione dovrebbero essere commisurati al rendimento e non agganciati ad automatismi;
- il rapporto di servizio di diritto pubblico dovrebbe essere privatizzato.

Riprenderemo il più presto possibile la discussione sull'accordo quadro sul pubblico impiego stipulato con i sindacati ed erroneamente respinto.

Trasparenza e correttezza dell'azione amministrativa

Ho già detto che la necessità che la pubblica amministrazione agisca con correttezza e trasparenza è un'esigenza del tutto particolare. Sono convinto che la nostra amministrazione non abbia, in linea di massima, niente da rimproverarsi. Essa presenta però dei punti di debolezza che devono essere eliminati. Ove sia stata constatata, o si constati scorrettezza, disonestà o slealtà, dovremo intervenire con estremo rigore. A questo proposito desidero esprimere in generale un certo disagio, visto che pur sussistendo la necessità concreta di far luce sugli illeciti commessi, uno Stato di diritto dovrebbe essere rispettoso della vita privata di ogni collaboratore della pubblica amministrazione.

La fiducia di massima nei collaboratori resta per me un punto di riferimento, oltre che il fondamento dell'organizzazione interna. Ci proponiamo però di adottare in futuro dei provvedimenti più sistematici, introducendo ad esempio un servizio ispettivo, oppure un'alternanza più frequente nelle cariche dirigenziali dell'amministrazione. E' certo che il già menzionato "Obiettivo" conterrà delle regole di comportamento per i pubblici dipendenti.

Dare al cittadino ciò che è del cittadino

Affidare alla politica dei settori sempre più vasti della vita umana è stata la tendenza generale dell'ultimo ventennio. Questo trend non si è verificato non solo da noi e non solo nei confronti dell'amministrazione provinciale. Ovunque fossero richieste delle decisioni rapide per dirimere dei conflitti si invocava la politica. Anche in settori non di sua competenza. La penetrazione politica della vita pubblica è salita vertiginosamente. In via consequenziale sono state ricercate delle soluzioni secondo principi generali anche in quelle situazioni in cui entravano in gioco soprattutto decisioni individuali.

L'amministrazione provinciale si è vista assegnare sempre più un ruolo di istanza conciliatoria e di distribuzione delle risorse. Vero è che le sovvenzioni sono affluite con sempre maggiore larghezza - una circostanza che può essere stata male interpretata da alcuni come generosità nei confronti dei cittadini - ma il distacco tra i cittadini e la pubblica amministrazione si è ingrandito a dismisura.

Il perseguimento del bene comune è però qualcosa di diverso dalla somma delle esigenze particolari e degli interessi di un gruppo. La diffusa sopravvalutazione della politica, ma anche la sua autosopravvalutazione, vanno quindi guardate con occhio critico. L'inizio di una nuova legislatura costituisce un'ottima occasione in questo senso.

Molti dei problemi che ci preoccupano attualmente non possono essere risolti con i consueti strumenti della politica. In un periodo di sconvolgimenti che stanno interessando tutta l'Europa non saremo in grado di raccogliere le nuove sfide sociali aumentando le leggi, l'apparato burocratico e le sovvenzioni pubbliche. E' piuttosto lo Stato sociale ad essere messo in discussione - e a livello europeo. Le cause sono note e possono essere sintetizzate con le seguenti parole chiave: recessione permanente, crescita della disoccupazione e aumento della popolazione anziana.

Sarà quindi uno degli obiettivi principali del mio impegno politico dei prossimi anni assicurare ai cittadini della nostra provincia più libertà di azione, perché possano dispiegare liberamente la loro creatività personale. Dovremo accordare loro - nell'ambito delle nostre competenze autonome - l'opportunità di fare da soli, ciò che riescono a fare meglio da soli. Senza il loro spirito di iniziativa e la loro disponibilità ad assumersi delle responsabilità, si paralizza a livello prepolitico la partecipazione - ora più necessaria che mai - allo sviluppo della nostra comunità, oggi messa in discussione.

E' necessaria la collaborazione attiva dei cittadini e delle cittadine impegnati, ancora o nuovamente disposti a contribuire all'organizzazione della nostra comunità, all'insegna della sussidiarietà e soprattutto grazie all'intervento di associazioni e organizzazioni di volontariato. Senza comunanza di intenti non esiste infatti la collettività.

Una politica vicina alle esigenze del cittadino dipende dalla capacità della società altoatesina a mostrarsi compatta e solidale. Se vogliamo che una nuova politica di avvicinamento favorisca le innovazioni e l'integrazione e appiani i conflitti della nostra società in mutamento vertiginoso, la motivazione, la comunicazione e la disponibilità al dialogo dovranno costituire i nuovi requisiti essenziali dell'attività della pubblica amministrazione.

In modo da poter risvegliare il senso civico nella nostra provincia nel senso che ho appena prospettato, dobbiamo intervenire a livello politico su tre fronti:

1. Conservare la fiducia, e ricostituirla, ove si è diffuso lo scontento nei confronti della politica. La maggiore garanzia in questo senso è costituita da una politica coerente ed efficace, orientata alle esigenze dei cittadini.

2. Agire con credibilità e quindi attuare una politica di indirizzo programmatico e orientata al consenso. Le soluzioni radicali, prese alla leggera, e le promesse che non possono essere mantenute non costituiscono invece un'alternativa praticabile. Esse vanno contrastate con un'azione e con una mediazione che tenga conto delle particolarità della nostra provincia e favorisca la convivenza di tutti i gruppi etnici locali.
3. Non dire solo le cose che piacciono ai cittadini, bensì indicare loro le opportunità che si prospettano, opponendosi invece alle richieste eccessive.

Su questa base possono essere fissati degli orientamenti che stimolino il senso di responsabilità e l'iniziativa dei cittadini. Questo è certo il migliore investimento che possiamo fare oggi per domani e dopodomani.

La difficoltà di essere il Presidente della Giunta provinciale

Il principale strumento di una politica vicina alle esigenze dei cittadini è - lo ripeto - il contatto tra il politico e i cittadini che gli permetta di ascoltare e di avere il polso della situazione. Il contatto diretto con gli altoatesini è e rimane per me - senza alcuna distinzione di ceto o di lingua - il compito principale di un Presidente della Giunta provinciale. Il grande numero di preferenze che mi sono state accordate in occasione delle ultime elezioni, sono per me un mandato e un invito a proseguire sulla via imboccata. I cittadini altoatesini hanno apprezzato in me l'obiettività e il buon senso con cui affronto i problemi, oltre al mio impegno e allo stile con cui cerco di risolverli. Quando incontro delle difficoltà nella mia attività quotidiana cerco sempre, non di trovare un capro espiatorio, bensì una soluzione.

Certo, ogni politico deve poter seguire la sua strada, ma nonostante la flessibilità politica che anch'io credo di avere, non ritengo di essere un volta-gabbana dalle svolte copernicane. Sono e resto un pragmatico e considero questa qualità più una virtù che un difetto che penso mi procurerà a lungo termine più vantaggi che svantaggi. Dopo cinque anni di presidenza della Giunta provinciale ritengo di avere abbastanza esperienza per sapere cosa sia fattibile e cosa sia accettabile. Se le mie decisioni siano state sempre le migliori spetta alle future generazioni dirlo.

Essere il Presidente della Giunta provinciale è un compito molto bello ma anche - come ho dovuto constatare spesso in cinque anni - un onere molto pesante. La responsabilità la si sente soprattutto se non si cercano di aggirare le cose spiacevoli e le decisioni scomode. Varie persone mi considerano un mago, o uno strapotente: non lo sono e non desidero esserlo. Se nella legislatura passata si sono potuti raggiungere dei risultati, questo è dovuto all'opera di molti, innanzitutto dei membri della Giunta provinciale e dei molti collaboratori capaci dell'amministrazione provinciale, ma anche alla fattiva collaborazione instaurata con questo Alto Consesso. Confido e spero che riusciremo ad impostare anche negli anni a venire un rapporto fattivo e democratico. Infatti più ci muoveremo nella stessa direzione e più difficili compiti che ho prospettato potranno essere portati a termine con facilità. Vi assicuro dal canto mio la mia disponibilità ad un dialogo onesto e ad un confronto leale.

Potrò assolvere nei prossimi cinque anni il mio difficile compito di Presidente della Giunta provinciale solo con l'aiuto di tutti Voi. Potete però essere certi - egregi membri del Consiglio provinciale e spettabili cittadini altoatesini - che cercherò di dare il meglio di me stesso!

PRÄSIDENTIN: Ich danke dem designierten Landeshauptmann für das Vortragen der programmatischen Erklärungen.

Wie bereits angekündigt, unterbrechen wir an diesem Punkt die Behandlung des Tagesordnungspunktes Nr. 1. Am nächsten Dienstag werden wir mit der Debatte beginnen.

Die Sitzung ist geschlossen.

ORE 12.08 UHR

SITZUNG 3. SEDUTA

3.2.1994

Sono intervenuti i seguenti consiglieri:
Es haben folgende Abgeordnete gesprochen:

BRUGGER 5
DURNWALDER 5